

Neue Bürgerlichkeit

Ausgabe Nr. 36, 07. Juli 2015



„Bionade-Biedermeier“, „LOHAS“ (Lifestyle of health and sustainability), „Latte-Macchiato-Mamas“ – Bezeichnungen, die im allgemeinen deutschen Mundwerk nun schon ein paar Jahre durchgekaut werden und irgendwie einen Lebensstil benennen. Doch die Phänomene, die sich dahinter verbergen, sind mehr als das. Sie sind Ausdruck einer Neuen Bürgerlichkeit – mit Hang zum Ökobewusstsein, zur Nachhaltigkeit und zur Konsumverantwortung. JedeR, so die Idee, die dahinter steckt, ist für das Wohlergehen des Planeten verantwortlich, jeder ökologische Fußabdruck zählt. Entsprechend wird Fahrrad gefahren, auf dem Markt Gemüse aus der Region gekauft und Grün gewählt. Worum es jedoch bei genauerem Hinsehen geht, ist eine individualisierte, „bewusstere“ Form des Konsums, in dem Glauben, dass damit die Welt zu retten wäre und dass jedeR dafür verantwortlich sein müsse. Letztlich retten jene, die sich diesen luxuriösen Lebensstil leisten können, jedoch nichts anderes als den Kapitalismus. Was auffällt, sind die konservativen Einstellungen dieser gesellschaftlichen Schicht. In der Debatte um die Neue Bürgerlichkeit in den 1990er Jahren, die unter anderem von konservativen Feuilletonisten wie Frank Schirmacher oder Paul Nolte geführt wurde, beschworen diese die Notwendigkeit einer Neuen Bürgerlichkeit. Diese solle sich wieder auf „bewährte Werte“ besinnen, auf Eigentum, Familie, Tradition et cetera. Den 68ern und den Linken, deren Öko-Lifestyle vorherrschend geworden sei, gelte es, althergebrachte Werte entgegen zu setzen. Doch hier lohnt sich ein genaues Hinsehen. Denn die Neuen Bürgerlichen erfüllen trotz des nachhaltigen Lebensstils, den sie vertreten, erschreckend viele dieser konservativen Forderungen.

Viele derjenigen, die sich in den 1970er Jahren als Teil einer antibürgerlichen Alternativbewegung mit mehr oder weniger linkem Einschlag sahen, bilden heute das neue Bürgertum. Die Prämissen der 68er, Autonomie der Einzelnen und Selbstverwirklichung gegen die Gleichmacherei der Fabrik, haben in einen Individualismus geführt, den der neoliberale Kapitalismus nicht dankbarer annehmen könnte. Statt Kollektivität und Solidarität herrschen Individualismus und Konkurrenz.

Wozu diese Neue Bürgerlichkeit dient, und gerade da ist sie ihren Vorgängern sehr ähnlich, ist die klassenbezogene Abgrenzung. Mit einem Lebensstil, der Luxusprodukte als must-have propagiert, die für einen Großteil der Gesellschaft unerreichbar sind, wird vor allem Abgrenzung nach unten betrieben. Man kauft sich hier schließlich nicht nur den gesunden Lebensstil, sondern auch noch die Möglichkeit, das eigene Verhalten als moralisch richtig und das der anderen, die beispielsweise nicht so nachhaltig konsumieren (können), als moralisch verwerflich zu bezeichnen.

Den Trugschluss, mit nachhaltigem Konsum und ökologischem Lebensstil die Welt verändern zu können, während genau dieses Verhalten eher Marktsegmente öffnet und neue Ausbeutungsstrukturen schafft, gilt es aktiv zu kritisieren. Einen Beitrag wollen wir mit dieser Ausgabe leisten.

Viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Veränderungen sind immer erkämpft und nie erkaufte worden“



© Stephanie Füssenich

Interview mit Kathrin Hartmann

Die Journalistin und freie Autorin befasst sich intensiv mit dem Lebensstil der so genannten LOHAS und der Lifestyle-Ökos. Sie bezieht sich vor allem kritisch auf das „bewusste“ Konsumverhalten und auf die industrielle Vereinnahmung dieser enormen Kaufkraft.

kritisch-lesen.de: In Ihrem Buch „Ende der Märchenstunde“ (Rezension siehe auch in dieser [Ausgabe](#)) zeigen Sie auf, wie die Industrie die so genannten LOHAS (Lifestyle of Health and Sustainability) und die Lifestyle-Ökos vereinnahmt. Es gibt zwar keine offizielle Definition der LOHAS, aber wie grenzt sich diese Gruppe von anderen gesellschaftlichen Gruppen ab?

Kathrin Hartmann: Der Begriff der LOHAS beschreibt keine soziologische Milieueinteilung. Er beschreibt den Lebensstil der Gesundheit und Nachhaltigkeit und spricht damit eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe als KäuferInnen an. Insbesondere die gehobene Mittelschicht: höher gebildet, besser verdienend, in Großstädten lebend. Ich würde also eher sagen, dass LOHAS ein Marketingbegriff ist. Er zielt auf eine KonsumentInnenschicht, die ihr Kaufverhalten durch den Klimabericht 2007 angeblich verändert hat. „Einkaufen mit Moral“ ist das Stichwort – aber eher auf eine glamouröse Art. In der Weltgeschichte herumfliegen, aber Bio-Äpfel kaufen. Mittlerweile gibt es mehrere Studien, die sich mit der Kaufkraft dieser gesellschaftlichen Gruppe befassen.

KL: Konsum ist geprägt durch Trends und ändert sich stetig. Ist auch die LOHAS-Bewegung nur ein Trend? Wird dieser sich wieder legen, oder wird sich diese gesellschaftliche Struktur verhärten?

KH: Es gibt einige Untersuchungen, die die Bereitschaft zu ethischem Konsum messen. Diese Zahlen bewegen sich zwischen 20–30 % aller KonsumentInnen. Abgesehen von der Frage, ob es überhaupt ethischen Konsum gibt, halte ich diese Zahlen für wahnsinnig übertrieben. Solche Untersuchungen beinhalten auch immer sozial erwünschte Antworten. LOHAS sind sehr konsumaffin, im Sinne eines Konsums, der sie von anderen absetzt. Sie geben viel Geld für Qualität und den Mehrwert „gutes Gewissen“ aus. Darin ist aber keineswegs ein durchgängig nachhaltiges Konsummuster zu erkennen. Es gibt kein Manifest der LOHAS. Es handelt sich also um Luxuskonsum, der für die Verkaufsstrategie vieler Unternehmen interessant ist. Durch die Ausrufung des LOHAS-Trends wittern viele ein gutes Geschäft. Unternehmen versuchen mittels Qualitätsversprechen, Nachhaltigkeitsiegeln und regionalen Produkten eine neue, zusätzliche KäuferInnenschicht in die Läden zu locken.

KL: Steht denn hinter dem Konsum der LOHAS eine politische Einstellung?

KH: Es gibt keine politische Erklärung der LOHAS. Ich würde auch behaupten, dass LOHAS-KonsumentInnen nicht das Weltladenpublikum sind und auch nicht unbedingt organisierte UmweltschützerInnen. Dafür ist die Gruppe der LOHAS viel zu heterogen. Es fehlt außerdem ein wichtiges Moment im Verhalten der LOHAS: der Verzicht. Die Losung der LOHAS ist es, weiter zu konsumieren. Ähnliche Produkte wie vorher, aber eben „mit guter Qualität“ und „gutem Gewissen“.

KL: Wie stehen LOHAS zu anderen gesellschaftlichen Gruppen? Sind LOHAS eine eigene Gesellschaftsklasse, die sich aus Abstiegsängsten abzugrenzen wollen?

KH: Das ewige Versprechen, durch Leistung wäre ein gesellschaftlicher Aufstieg gesichert, wird nicht eingelöst. Das heißt, dass Abstiegsängste bei der Mittelschicht, in der die LOHAS verortet sind, wachsen. Konsum ist so auch der Versuch der Zugehörigkeit und einer emotionalen

Absicherung. Da lässt sich sehr schön mit dem Finger auf die da unten zeigen, die an allem schuld sind, weil sie falsch einkaufen. Die Debatte um die Textilindustrie zeigt, wie einfach es sich die LOHAS machen: Sie zeigen auf die KIK-KundInnen, die mit ihrem Billigkonsum angeblich die schlechten Arbeitsbedingungen in den Fabriken im Süden zu verantworten haben. Aber niemand geht aus Style-Gründen zu KIK, sondern das sind Leute, die sich nichts anderes leisten können. Das rechtfertigt natürlich nicht die Geschäftspolitik von KIK – aber auch Luxusklamotten werden unter denselben verheerenden Bedingungen hergestellt und sowieso die ganzen tollen technischen Geräte, die vor allem bei LOHAS beliebt sind. LOHAS lenken mit dieser überheblichen Kritik an anderen KonsumentInnen nur von ihrer eigenen Rolle in einem ungerechten System ab, von dem sie letztlich profitieren. Aber es lässt sich so schön erzählen, dass man moralisch auf der richtigen Seite ist, weil man etwas tue – durch Konsum.

KL: Wie sind die KonsumentInnen einzuschätzen, die biologisch und fair gehandelt kaufen, sich aber zusätzlich auch politisch engagieren? Ist LOHAS-Konsum per se schlecht?

KH: Das Problem ist der Kapitalismus. Er lässt sich nicht durch ein bestimmtes Einkaufsverhalten aus der Welt schaffen. Im Gegenteil: Es erhält ihn. Ethischer Konsum suggeriert, dass das System bis auf ein paar unschöne Auswüchse in Ordnung ist. LOHAS haben kein vordergründiges Interesse daran, dass sich politisch die Dinge ändern. Konsum thematisiert soziale Ungerechtigkeit nicht und wird auch nichts daran ändern. Um gesellschaftliche Änderungen herbeizuführen, brauchen wir starke soziale Bewegungen. Ich würde nicht ausschließen, dass es LOHAS gibt, die auch politisch aktiv sind. Zum Beispiel diejenigen, die sich gegen TTIP einsetzen. Doch gerade dadurch, dass die heterogene KonsumentInnenschicht der LOHAS keine einheitlichen Ziele oder politischen Manifeste hat, gibt es auch keine politische Strategie. Letztlich dreht sich alles um ein Produkt, das irgendwie besser erscheint. Das kritisiere ich auch an der so genannten KonsumentInnendemokratie: Es gibt sie nicht. In einer Demokratie haben alle die gleiche Stimme, das ist bei Konsum nicht so. Da bestimmt der Geldbeutel.

KL: Kann es in unserem kapitalistischen System überhaupt „guten“ Konsum geben?

KH: Es gibt gutes, gerechtes und ökologisches Wirtschaften jenseits des Kapitalismus. Es gibt die Möglichkeit einer anderen Landwirtschaft, einer anderen Produktion und anderer Strukturen von Großkonzernen hin zu Genossenschaften. Ein derart überbordender Konsum ist dann allerdings nicht mehr drin. Durch den angeblich ethischen Konsum hat sich nichts verändert, außer, dass sich immer mehr große Konzerne mittels geschickter PR als Weltretter darstellen, um ihre überflüssigen Produkte mit dem Mehrwert „gutes Gewissen“ verkaufen zu können. Greenwashing und Corporate Responsibility erhalten ein ausbeuterisches und umweltschädliches Geschäftsmodell in grünem Mäntelchen. Politik und Unternehmen schieben den KonsumentInnen die Verantwortung zu: „Du kaufst falsch, Du willst es so.“ Deswegen gibt es beim ethischen Konsum auch kein soziales oder solidarisches Moment, sondern nur Schuldzuweisungen. Das ist zynisch. Es ist ein neoliberales Konzept jenseits von Solidarität und Demokratie. Der ethische Konsum ist damit der größte Coup der Konsumgesellschaft: Alle kaufen brav weiter ein. Niemand wird gestört. Die Anti-Atom-Bewegung, die sichtbar war und Widerstand geleistet hat, war für Politik und Unternehmen bedrohlich. Aber die LOHAS werden von der Industrie geliebt – schließlich konsumieren sie. Da kann doch was nicht stimmen, oder?

KL: Durch das Verhalten der LOHAS und Lifestyle-Ökos sehen Sie langfristig die Demokratie gefährdet. Ist die LOHAS-Gruppe so einflussreich, dass diese Gefahr tatsächlich besteht und demokratische Strukturen noch weiter abgebaut werden?

KH: Ja, wenn man LOHAS als gehobene Mittelschicht betrachtet, die sich gesellschaftlich nach oben orientiert. Sie grenzen sich nach unten ab, indem sie sich in bestimmte Stadtviertel zurückziehen, bestimmte Geschäfte meiden und zum Beispiel ihre Kinder in Privatschulen schicken. Diese Abgrenzung erodiert Demokratie, weil es ein Prozess der Entsolidarisierung ist. Wenn Hartz-IV-EmpfängerInnen oder MinijobberInnen nicht ökologisch einkaufen, werden sie abschätzig

angesehen. Dabei sind sie nicht zu blöd zum Konsumieren, sondern einfach arm. Das Konsumgerede verdeckt diese gesellschaftlichen Probleme. Man spricht nicht mehr über strukturelle Probleme, ihre Ursachen und Alternativen, sondern nur noch über „Lösungen“. Das ist nichts anderes als die neoliberale Ideologie der Alternativlosigkeit: Wir können oder wollen nichts am System ändern, sondern innerhalb des Systems eine „Lösung“ finden, die es erhält. Das ist antipolitisch und antidemokratisch, weil es bestimmte gesellschaftliche Schichten einfach ausschließt. Der Unterschied zwischen BürgerInnen und KonsumentInnen wird hier ganz deutlich: Rechte und Geld. Die Rechte wurden erkämpft, das Geld nicht.

KL: Sind LOHAS nicht selbstreflektiert und erkennen die immer stärkere Entsolidarisierung in der Gesellschaft?

KH: Insbesondere nach der Finanzkrise kann man einen starken Rückzug ins eigene bürgerliche Milieu, in die eigene Familie beobachten. LOHAS schaffen sich durch ihr Konsumverhalten auch eine kleine heile Welt. Und je mehr man sich nur noch unter seinesgleichen bewegt, desto mehr verliert man den Blick für das große Ganze. Begegnungen zwischen den verschiedenen Schichten finden kaum noch statt. Die alte Arbeitswelt, in der sich ArbeiterInnenkinder hocharbeiten konnten, gibt es nicht mehr – es ist wahrscheinlicher, dass man selbst mit Uni-Abschluss nur einen mies bezahlten, befristeten Job bekommt. Wenn man keine Berührungspunkte mit anderen gesellschaftlichen Schichten hat, fällt es auch leichter, auf diese herabzublicken. Wenn man selber alles „richtig“ gemacht hat, müssen die anderen ja was falsch gemacht haben. Reflektion ist schwierig, wenn man unter sich bleibt und sich dieses Weltbild bestätigt. Bei diesem Aspekt der Gentrifizierung sind LOHAS nur ein kleines Element. Die neoliberale Stimmung und Resignation „ich kann nichts mehr ändern, nur an mir selber arbeiten“ ist ja weit verbreitet.

KL: Konsumverhalten, Bildungsbiografien, Abgrenzung nach unten – das sind Merkmale, auf die bürgerliche Gesellschaftsschichten Wert legen. Würden sich die LOHAS selber als „neue Bürgerliche“ einordnen?

KH: LOHAS sind sicher Teil der neuen Bürgerlichkeit. Ich könnte mir vorstellen, dass viele den Begriff „bürgerlich“ für sich ablehnen, weil er spießig und konservativ klingt, aber sie sind ja konservativ, sie wollen ihren Wohlstand erhalten. Das bürgerliche Milieu hat von Haus aus diese ausschließenden Werte. Wer von Werten redet, hat diese meistens auch selbst bestimmt und befindet sich in der glücklichen Lage, sich in dieser Welt gut eingerichtet zu haben. So entwickelt sich eine Bourgeoisie, die glaubt, sie ist zu Recht da angekommen, wo sie ist. Wenn andere es nicht so weit schaffen, sind sie selber schuld. Die AnhängerInnen dieser neuen Bürgerlichkeit haben überhaupt kein Interesse, alternative Gesellschaftsmodelle zu diskutieren oder auch nur wahrzunehmen. Wenn man sich anschaut, wie die Deutschen in den letzten Jahren gewählt haben, bekommt man schon den Eindruck, dass sie gerne möchten, dass alles so bleibt, wie es ist – nur ein bisschen besser. Für sich selbst. Der Erfolg von Merkel ist für mich ein deutliches Zeichen für Entpolitisierung und Entdemokratisierung. Dazu kommt, dass in der Mittelschicht häufig das Vorurteil herrscht, die einzige Alternative zum Kapitalismus sei der Kommunismus à la DDR, und das ist für die Deutschen ja ein Schreckgespenst. Das führt zu politischem und intellektuellem Stillstand.

KL: Führen also die individualisierte Gesellschaft und die verbreiteten Ängste dazu, dass sich die LOHAS über ihren Konsum definieren und versuchen, sich eine Identität zu schaffen?

KH: Der Konsum ist auch eine Sinnsuche, aber nicht eine nach Gleichheit und Gerechtigkeit. Die Suche danach, im Kleinen etwas richtig zu machen. Ich glaube nicht, dass die LOHAS so abgebrüht sind, dass sie nicht merken, dass die Gesellschaft kippt. Wenn man es sich leisten kann, ist es halt am einfachsten, sich ins Private zurückzuziehen. Der LOHAS-Konsum suggeriert Wahlmöglichkeiten, Freiheit und Sinn. Und er bedient Sehnsüchte. Nicht zufällig arbeitet die Industrie immer stärker mit reaktionär altmodischen Geschichten zu ihren Produkten. Es geht eher darum, darin zu schwelgen, wie schön es früher womöglich war, und nicht darum, wie die Zukunft

aussehen könnte. Diese Stimmung wird den LOHAS häufig mit verkauft – das für mich beste Beispiel ist hier der Nostalgie-Laden Manufaktur, wo sogar noch der Gurkenschäler eine sentimentale Geschichte hat. Es ist unglaublich schwer, den Mythos aus der Welt zu schaffen, man könne mit seinem Konsumverhalten die Welt verbessern – was absurd ist, denn es gibt ja keinen einzigen Beleg. Im Gegenteil. Es ist einfach das schöne neoliberale Märchen, das man als EinzelneR etwas ändern kann. Aber es hat in der ganzen Geschichte niemals Veränderungen durch verändertes Konsumverhalten gegeben. Veränderungen sind immer erkämpft und nie erkaufte worden. Nur mit anderen zusammen und gerechten politischen Forderungen kann man die Welt verändern.

KL: Vielen Dank für das Interview!

Das Interview führte Lea Arnold. Im Blessing Verlag erscheint im August 2015 das Buch: „Aus kontrolliertem Raubbau. Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut produzieren.“ von Kathrin Hartmann. Mehr Infos dazu [hier](#).

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Veränderungen sind immer erkämpft und nie erkaufte worden“. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1282>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Linke Biedermeier und Brandstifter



Essay von Matthias Rude

Die neuen, konservativen Bürgerlichen stehen für die Abstiegsängste der Mittelschicht - und für Kriegsbefürwortung der deutschen „Linken“.

Essay von [Matthias Rude](#)

„Hermann Müller, Hilferlieschen / blühn so harmlos, doof und leis / wie bescheidene Radieschen: / außen rot und innen weiß.“ – Kurt Tucholsky: Feldfrüchte (1926).

Dunkle Kleidung, Piercings, Hals, Arme, sogar Hände und Finger voller Tätowierungen. Ein typischer Szenegänger, der auf einem Hardcore-Konzert im Autonomen Zentrum zunächst nicht auffallen würde. Auf den zweiten Blick irritiert der Aufdruck auf seinem Shirt: „Freiheit“, steht da; abgebildet ist ein kleines Haus auf dem Land mit eingezäuntem Garten, in dem ein Mädchen mit langen geflochtenen Zöpfen sitzt. Auf der Brust eines weiteren jungen Mannes hinter dem Verkaufsstand prangt in altdeutschen Lettern der Schriftzug: „Königreich Heimat“.

So gesehen auf der diesjährigen Stilwild-Messe, einem Lifestyle- und Designermarkt, am Stand von *Artwood*. „Black Forest Fashion Label“ nennt sich das Unternehmen des jungen Modedesigners Jochen Scherzinger. Seine Produkte: „Trachtenstreetwear“, inspiriert von den traditionellen Monturen des Schwarzwalds. „Gesichtslos war gestern, heute zählen Wurzeln“, sagt er. Besorgt äußert er sich über den Rückgang der Mitgliederzahlen von Trachtenvereinen.

Angst vorm Absturz

In gewisser Hinsicht hat *Artwood* einen Nerv der Zeit getroffen. Man könnte auch sagen: Das Label steht symptomatisch für eine Entwicklung, im Zuge derer junge Menschen sich vermehrt dem Traditionellen zuwenden. Ob es ein Zufall sei, dass viele Uni-Kneipen, Bars und Studentenklubs so aussehen, als hätten die Inhaber Großmutterns Wohnzimmer – samt Ohrensessel, Kronleuchter und goldgerahmten Alpenpanorama an der Wand – ausgeräumt, fragte Anfang des Jahres *Der Spiegel*. Kein Zufall: Wir haben es mit der „Generation Biedermeier“ zu tun.

Zu diesem Ergebnis kam zumindest das Marktforschungsinstitut Rheingold. Es will auch den Grund dafür herausgefunden haben: „Das lange Zeit sichere und berechenbare Versorgungs-Paradies Deutschland hat furchterregende Risse bekommen“ – weshalb das Lebensgefühl der Jugend nicht mehr wie in den 1970er-Jahren von einer Revolte gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt sei, sondern von einer schwelenden Absturz-Panik. Zwar erzeuge das bei den Jugendlichen eine „verzweifelte Wut auf die Verhältnisse“, diese werde jedoch oft nicht direkt ausgelebt; vielmehr werde ihr mit Anpassung und Selbstdisziplinierung begegnet, mit Eigenschaften also, die vor dem stets drohenden Absturz schützen sollen. Risiken, große Träume, Zukunftsutopien würden abgedämpft und in Schach gehalten, der Generationenkonflikt nicht offen ausgetragen. Stattdessen scheine in den Lebensentwürfen „eine Biedermeierwelt durch“ – in der das zentrale Lebensziel zum Beispiel darin bestehe, ein kleines Haus mit Garten zu besitzen.

Ihre Absturz-Ängste versuchen die Jugendlichen, so das Kölner Institut, auch zu bannen, indem sie sich strikt von Menschen abgrenzen, die bereits abgestürzt sind. Vom „Bild einer Zweiklassen-Gesellschaft“ ist in der Studie die Rede: Die Welt sei für die Jugendlichen klar geteilt in Winner

und Loser, in Superstars und Hartz IV-Beziehende, und: „Den Opfern und Verlierern der Gesellschaft wird nicht Mitleid oder Solidarität entgegengebracht, sondern Verachtung und Schmähung. Häufig selbst von Jugendlichen, die sich selbst als eher links oder als solidarisch charakterisieren“.

Tatsächlich sind solche Abgrenzungen in den letzten Jahren vermehrt in der „linken Szene“ zu beobachten. „Mit Parolen wie 'Wir tragen Gucci, wir tragen Prada – Tod der Intifada' wurde eindeutig der hedonistische Standpunkt der antideutschen Szene aus ganz Deutschland zur Schau getragen“, berichtete die *Israelsolidarische & Antifaschistische Gruppe Berlin* im Februar 2009 von ihrer Teilnahme an einer antifaschistischen Demonstration. Mit die Gentrifizierung bejubelnden Slogans wie „Für die Aufwertung der Kieze – für mehr Bars, Soja-Latte, Wi-Fi und Bio-Märkte!“ trat die *Hipster-Antifa Neukölln* 2012 auf den Plan.

Aus einer nichtlinken Perspektive hat sich der *Spiegel*-Journalist Christian Rickens dem Phänomen angenommen. In seinem erstmals 2006 erschienen Buch „Die neuen Spießier“ kommt er zum Schluss: Die neuen Bürgerlichen stoßen auf gesellschaftliche Resonanz, weil sie die Abstiegsangst der deutschen Mittelschicht ansprechen, die beginnt, sich von den Verlierern des gesellschaftlichen Wandels abzugrenzen. „Wenn sich Neubürgerliche Autoren über die Unterschicht äußern, schwingt schnell ein Unterton der Verachtung mit“, schreibt er, und nennt weitere Charakteristiken ihrer Ideologie: (Neo-)Konservative ziehen in der Regel einen materiellen oder immateriellen Nutzen daraus, dass sie konservativ sind (oder werden). Sie reproduzieren stumpfe Vorurteile, denen sie aber einen intellektuellen Anstrich geben. Um dem Generalverdacht der Spießigkeit zu entkommen, haben sie außerdem die Vorzeichen umgedreht:

„Wer vermeintlich Spießiges äußert, ist in ihren Augen der wahre Rebell, denn er setzt sich mutig der linken Kritik aus. Die wahren Spießier hingegen, das seien heute ebenjene Linken. Ihre Engstirnigkeit offenbare sich in den Denkverboten der Political Correctness“.

Linker Neokonservatismus

Die Debatte über neue Bürgerlichkeit in der Linken hat 1983 der im Rotbuch Verlag erschienene Sammelband „Infrarot. Wider die Utopie des totalen Lebens“ maßgeblich mit angestoßen, in dem, 15 Jahre nach 1968, eine Bilanz der linksradikalen Bewegung in der BRD gezogen wurde. „Die Nachkommen schleudern den Alt-Hippies ihr 'du 68er!' ebenso verachtungsvoll entgegen wie wir weiland unsere Altvorderen als Spießier verhöhnten“, so die Herausgeber. Auf diese Aufforderung zu „Konsequenz“ würden einige „mit einem noch eiligeren Wurf nach vorne“ reagieren – was die Autoren ablehnten: „'Infrarot' ist der Versuch, mit dem 'Erbe' konservativ, bewahrend umzugehen“, heißt es in der Einleitung, und:

„Wir weigern uns, die Erfahrungen der 'wilden Zeit' mit Verachtung beiseite zu schieben, zur brutalen Sicherheit des Bestehenden zurückzukehren und mit geknickter Resignation das Scheitern zu bekunden. Wir wenden uns aber ebenso gegen Selbstmitleid, wie es insbesondere jene pflegen, die noch immer unentwegt die Fahne hochhalten“.

Mit der Weigerung, sich mit den herrschenden Verhältnissen zu arrangieren, war es allerdings nicht weit her. Matthias Horx, einer der Herausgeber des Buches, wurde Unternehmensberater und Mitglied beim neokonservativen Publikationsnetzwerk *Die Achse des Guten*. Mitherausgeberin Cora Stephan, einst Mitglied beim *Sogenannten Linksradikalen Blasorchester* und, wie Horx, in der von Daniel Cohn-Bendit geleiteten Redaktion des Frankfurter linksradikalen Stadtmagazins *Pflasterstrand*, schreibt seit 1999 für die neokonservative Tageszeitung *Die Welt* des Springer-Konzerns, den die 68er einst enteignen wollten. Das ist nur konsequent: „Infrarot“ predigte die Abkehr von der Fundamentalopposition und warb für einen „neuen Realismus“. Die Herausgeber redeten dem Realo-Flügel der Grünen das Wort; der drei Jahre zuvor gegründeten Partei prophezeiten sie:

„Heißt die radikale Antwort auch in der Zukunft: 'Wir sind und bleiben die Opfer der Gesellschaft, wir bleiben lieber sauberen Bewusstseins, und mit der Veränderung der Realität darf sich niemand die Finger schmutzig machen', dann dürfte das grüne Spektakel bald vorbei sein.“

So wechselten 68er die Fronten. Horx, der sich „Trend- und Zukunftsforscher“ nennt, wurde damit tatsächlich zum Vorboden eines Wandels, der sich in der Linken in den letzten 25 Jahren vollzogen hat. Dieser hat viel mit dem Ende des Realsozialismus zu tun: Da die Linke keine Alternative und kein Auskommen mehr zu bieten in der Lage war, schlug man sich auf die Seite der vorläufigen Gewinner der Geschichte. Nachdem der „Eiserne Vorhang“ sich geöffnet hatte, ließ sich auf der politischen Weltbühne nicht nur das Trauerspiel eines historischen Niedergangs sozialistischer Bestrebungen beobachten; um Zugang zu den Schaltstellen der Macht oder in die bürgerliche Medienlandschaft zu erhalten, vollzogen viele Linke selbst eine politische Wende, wechselten ihre politische Einstellung, machten sich „die Finger schmutzig“ und wurden von Opfern dieser Gesellschaft zu Profiteuren und Tätern.

Inzwischen existieren in mehreren Staaten neben den „normalen“ Konservativen gesellschaftliche Strömungen, die an die neuen Bürgerlichen in Deutschland erinnern; wie Rickens feststellt, liegen sie in vielen politischen Fragen „quer“ zum konventionellen Rechts-Links-Schema des Parteienspektrums. Als prominentestes Beispiel nennt er die US-amerikanischen „Neocons“. Die Hauptfrage, in welcher der Neokonservatismus – der seine Wurzeln ebenfalls in der Old Left, der alten Linken der USA, hat – mit traditionellen Standpunkten der klassischen Konservativen gebrochen hat, ist deren isolationistische Außenpolitik. Im Gegensatz dazu propagieren „Neocons“ den Export „westlicher Werte“ – und zwar durch Krieg.

Auch in der deutschen Linken war das Einfallstor für neokonservative Positionen der Bellizismus; nicht erst seit dem 11. September 2001, sondern schon zu Zeiten des Ersten Irakkriegs. Nachdem die Springer-Presse entsprechende Vorarbeit geleistet hatte – *Bild* titelte: „Krieg! Der Hitler von Bagdad überfällt wehrloses Volk im Morgengrauen“ –, taten es ihr Linke gleich. Im Februar 1991, drei Wochen nach Beginn der westlichen Kampfhandlungen gegen den Irak, publizierte *Der Spiegel* einen Essay von Hans Magnus Enzensberger mit dem Titel „Hitlers Wiedergänger“. Der einstige Ideengeber der Studentenbewegung und Unterstützer der APO machte darin den deutschen Faschismus zum Exportartikel: „Hitler war nicht einzigartig“. Die Einstellung, die auf der Singularität der deutschen Verbrechen besteht, diskreditierte er als „Denkverbot“. Saddam Hussein strebe, wie Hitler, die „Endlösung“ an, weshalb er „von der Erdoberfläche“ getilgt werden müsse.

Für die Grünen sollte sich der Bellizismus linker Provenienz, der stets Nazi- und Holocaust-Vergleiche bemüht, als Schlüssel zur Macht erweisen – der Kosovo-Krieg, der erste Angriffskrieg von deutschem Boden nach 1945, wurde von ehemaligen 68ern mit angezettelt, die im Zuge ihres „Marsches durch die Institutionen“ ganz oben angekommen waren.

Auf dem Weg ins rechte Lager

Nach dem 11. September 2001 zeigte sich, dass das neue ideologische Muster von Teilen der Linken übernommen worden war. Nun schlugen „antideutsche Kommunisten“ sich auf die Seite der „Neocons“ und Bushs „War on Terror“, indem sie behaupteten, die USA führten „einen antifaschistischen Krieg“ gegen „die arabische Ausgeburt des Nationalsozialismus“. Die Zitate stammen aus dem programmatischen Aufsatz „Wir Freunde des amerikanischen Krieges“ von Justus Wertmüller, der 2003 in der „antideutschen“ Zeitschrift *Bahamas* erschienen ist. Über die Zeitung *Die Welt* heißt es in dem Text, dass sie von allen Tageszeitungen im Land die einzige sei, die um „eine sorgfältige Berichterstattung über Israel“ bemüht sei. Es wächst zusammen, was zusammengehört.

Ideologische und personelle Verbindungen von „Antideutschen“ und Konsorten zum neuen

Konservatismus reichen bis ins Linksaußen der Szene. So schreiben beispielsweise mehrere Autoren der „linken“ Wochenzeitung *Jungle World* gleichzeitig für *Die Welt*. Sie bemühen sich um einen intellektuellen Habitus, indem sie etwa versuchen, mit Kritischer Theorie zu argumentieren. Letztlich kaschiert dies meist nur stumpfe Ressentiments, denen bisweilen auch freier Lauf gelassen wird. Für Thomas von der Osten-Sacken etwa bedeutet Antifaschismus, wie er 2008 bei einer Konferenz in Berlin sagte, „Islam-Nazis“ „aufs Maul zu hauen, verknasten und umzubringen“. Wie Max Horkheimer in den letzten Jahrzehnten seines Lebens – 1967 notierte er mit der Begründung, die Zuchthausysteme im Osten seien schlimmer als die Verfälschung der Demokratie im Westen: „Heute kommt es aber allein darauf an, zu retten, was von der persönlichen Freiheit noch übrig ist. Radikal sein heißt heute konservativ sein“ – haben diese „Kommunisten“ sich von linken Positionen zunehmend entfernt. Schlimmer: Sie haben sich zu Erfüllungsgehilfen der Kriege des Westens gemacht. Wie beispielsweise ein bei Wikileaks veröffentlichtes CIA-Strategiepapier aus dem Jahr 2010 belegt, geschah das vonseiten der USA ganz bewusst: Deutsche Medien wurden vom US-Auslandsgeheimdienst manipuliert – mit dem Ziel, imperialistische Angriffskriege als Kampf für Menschenrechte zu verkaufen. „Ein 'neues Auschwitz' gab es nie; gleichwohl brauchte man diese Lüge, um die internationale Linke – zumindest in Teilen – moralisch zu überwältigen“, meinte der Politikwissenschaftler Jörg Becker kürzlich im Interview mit *Telepolis*.

Damit haben die politischen Fronten sich verschoben: „Neue Rechte, Rechtskonservative, 'antideutsche' und andere Neokonservative eröffnen mithilfe einiger Noch-Linker eine neue politische Front“, analysierte die Journalistin Susann Witt-Stahl vor vier Jahren. Das einstige Flaggschiff der „antideutschen“ Bewegung, die Zeitschrift *Bahamas*, hat in der Zwischenzeit mehrmals lobende Worte für Neofaschisten gefunden und offen die Übereinstimmung der eigenen Positionen mit jenen der Neuen Rechten eingeräumt; sie steht exemplarisch dafür, wie eine Bewegung, ausgehend von „Kritik“ an der Linken, über die Aufgabe fast aller linken Essentials in bürgerliche, neokonservative und rechte Ideologie abrutscht. An der Linken festzuhalten, dafür gäbe es „nur den einen Grund, sie zum Gegenstand der Kritik zu machen“, so *Bahamas*. Wem angesichts der marginalisierten Lage der Linken und ihrer eingeschränkten Handlungsfähigkeit nichts Besseres einfällt, dem gilt entgegenzuhalten, was Max Horkheimer 1932 schrieb, als er noch glühender Marxist war: „Zur Verschleierung der Ursachen der gegenwärtigen Krise gehört es, gerade diejenigen Kräfte für sie verantwortlich zu machen, die auf eine bessere Gestaltung der menschlichen Verhältnisse hinarbeiten“. Die Antwort auf die Krise der Linken darf nicht in einer Apologie der bürgerlichen Gesellschaft enden, darf nicht Spaltung und Zersetzung durch destruktive Kritik, sondern muss zuvorderst Anlass für Solidarität und Sammlung sein.

Was die „Liebe zur Heimat“ angeht, sind die neuen linken Spießler mitunter übrigens gar nicht so weit von anderen neuen Bürgerlichen weg. Sie arrangieren sich – wahrscheinlich auch aus Mangel an Alternativen – mit dem deutschen Staat. Thomas von der Osten-Sacken etwa hat im Zuge des Irakkriegs ein „Memorandum“ mitveröffentlicht, das sich unter anderem an „die deutsche Außenpolitik“ richtete. Von einer „dringend anstehenden demokratischen Entwicklung der Region, die im unmittelbaren Interesse auch der Europäischen Union und Deutschlands liegt“, war die Rede. In ihrem Artikel „Antideutsche Politikberatung“ analysierte die Zeitung *analyse & kritik* damals die Haltung der angeblichen „Antideutschen“ als eine „staatstragend sich der Bundesregierung andienende Haltung“.

**

Über linken Bellizismus ist vom Autor der Artikel „Nie wieder Faschismus – immer wieder Krieg. Ein bürgerliches Trauerspiel in drei Akten“ erschienen. Er findet sich im von Susann Witt-Stahl und Michael Sommer herausgegebenen Sammelband „Antifa heißt Luftangriff. Regression einer revolutionären Bewegung“, der in [Ausgabe 33](#) von [kritisch-lesen.de](#) besprochen worden ist.

Zitathinweis: Matthias Rude: Linke Biedermeier und Brandstifter. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1283>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

1968 – Ende oder Anfang von Bürgerlichkeit?

Albrecht von Lucke
68 oder
neues Biedermeier
Der Kampf um die Deutungsmacht

P
Politik bei Wagenbach

Albrecht von Lucke
68 oder neues Biedermeier
Der Kampf um die Deutungsmacht

Welche politische Bedeutung hatte 1968? Wie veränderte es unseren Begriff von Bürgerlichkeit? Zum 40. Jubiläum hat Albrecht von Lucke genau diese Fragen erneut diskutiert.

Rezensiert von [Nele Kuhlmann](#)

Handelt es sich bei der 68er-Bewegung um eine *fundamentale Liberalisierung* der Gesellschaft (Jürgen Habermas) oder doch um eine *Wertezerstörung*, die in der deutschen Geschichte ihresgleichen sucht (Bruno Heck)? Das (konservative) Feuilleton rund um *Bild*, *FAZ*, *Spiegel* und anderen meint diese Frage 2007/08 klar beantworten zu können: Sie deuten 68 als Ende der Bürgerlichkeit, als antibürgerliche Bewegung, die nichts fördere als Narzissmus und Faulheit. Kai Diekmann und Co. plädieren stattdessen für eine neue reaktionäre Bürgerlichkeit ganz im Sinne der 50er Jahre. Albrecht von Lucke möchte dieser Deutung ein ganz anderes Verständnis von Bürgerlichkeit entgegensetzen. Diese Bürgerlichkeit findet erst den Anfang in den 68ern und meint eine demokratische Partizipation und Mitgestaltung des öffentlichen Raums. So zeigt von Lucke schlüssig, dass die Diskussion um 68 eine Stellvertreter-Debatte darstellt – eigentlich geht es um die Frage, was mündige Bürger_innen heute ausmacht. Von Luckes Plädoyer für die Politisierung des Privaten und die damit verbundenen bürgerlichen Pflichten ganz anderer Art überzeugt vor allem durch seine klare, einfache Sprache und seine Bündige, aber stichhaltige Argumentation. Er beschreibt den Wandel des politischen Zeitgeistes von einer Massenpolitisierung hin zu einer um sich greifenden Politikverdrossenheit. Teilweise neigt von Lucke dabei jedoch zu einer verkürzten, sehr affirmativen Rezeption von 68.

Anfangs stellt der Autor heraus, dass 68 nie zur kanonisierten Geschichtserzählung wurde, sondern die Republik noch heute spalte wie kein anderes Jahr. Was die 68er-Bewegung gewesen sei und bedeute, sei einem ständigen Deutungskampf ausgesetzt und ließe sich nie abschließend beantworten. Den historischen Verlauf dieser deutenden Konstruktion von 68 und der zugehörigen Generation teilt von Lucke in drei Phasen: Von 1967-1977 entsteht die Bewegung und die „68er“ werden erschaffen (1), von 1978-2005 wird der geforderte „Marsch durch die Institutionen“ (S. 36) vollzogen und die 68er kommen an die Macht (2), und in der Phase um 2007/08 wird 68 zum Aufhänger in der Diskussion rund um die *neue Bürgerlichkeit* (3).

Von damals bis heute: die 68er wachsen und gedeihen

Unter dem Titel „das Rote Jahrzehnt“ (1) werden die Entwicklungen von der Erschießung Benno Ohnesorgs bis zum deutschen Herbst rekonstruiert. Die Beschreibung „68er-Generation“ wird von den beteiligten Studierendengruppen zunächst vehement abgelehnt. „Generation“ dient allenfalls als Kampfbegriff, um die Verbrechen der Nazi-Generation anzuklagen. Erst in der Auseinandersetzung mit den Gewalttaten der RAF (Rote Armee Fraktion) kann sich der Generationenbegriff als Selbstbeschreibung durchsetzen. Das Abflachen der Bewegung und die

Orientierungslosigkeit im linken Lager lassen die Selbstbeschreibung als Generation als letzte Option der „Selbstvergewisserung“ (S. 31) erscheinen. Von Lucke betont, dass es eine radikale Verkürzung darstelle, die 68er als Wegbereiter des Terrors zu verstehen. Die Teilnehmenden der Proteste setzten sich aufgrund der Erfahrung von krasser staatlicher Gewalt sehr differenziert mit Gewalt auseinander.

In der Debatte nach 77 (2) ist die Frage bestimmend, was aus der 68er-Generation geworden ist. Zu allen runden Jubiläen wird diese Frage breit diskutiert: 1988 ist 68 auf dem Höhepunkt der öffentlichen Sympathie, aber schon 1973 gilt die 68er-Generation als „Generation der Gescheiterten“ (S. 37). Erste Anklagen bezüglich Werteverfall und Individualisierung werden laut. 1998 gelingt dennoch der geforderte „Marsch durch die Institutionen“: Rot-Grün unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer kommt an die Macht. Die erhoffte Kulturrevolution blieb jedoch aus. Von Lucke zeichnet nach, wie die Ereignisse um 68 aufgrund einer romantisierenden Beschäftigung mit der 68er-Generation in Vergessenheit geraten.

Im wichtigsten und längsten Kapitel (3) beschreibt von Lucke die Debatte in den Jahren 2007 und 2008. Anstatt über den Verbleib der 68er-Generation zu diskutieren – wie dies zuvor der Fall war –, rückten wieder zunehmend die Ereignisse rund um 68 in den Vordergrund. Zweierlei Gründe können diesen Wandel erklären. Der Generationenbegriff wurde um 2000 in zahlreichen Veröffentlichungen verwendet, sodass er zunehmend unscharf wurde. Der zweite Grund könnte darin liegen, dass die Diskussionen um Hartz IV und PISA die Differenz zwischen Klassen beziehungsweise Schichten in den Vordergrund treten ließ. In diese neuen „Konfliktlinien, die quer zu den Generationen verlaufen“, lassen sich „unschwer alte Klassenfragen erkennen“ (S. 45). Vor diesem Hintergrund erscheint es umso einleuchtender, dass die 68er-Bewegung vonseiten des Feuilletons aggressiv angegriffen wird. Im Ausmaß der Wertezerstörung, der angezielten Gleichmacherei und idealistischen Verblendung stünden die Bewegungen in einer Linie mit dem Nationalsozialismus. Im gleichen Zuge wird die Klassengesellschaft der 50er Jahre rehabilitiert und das Bürgertum bekommt eine positive Rolle zugeschrieben, denn dieses hätte im Nationalsozialismus ja nicht mitgemacht. In der *Bild*, in der *Welt am Sonntag*, im *Spiegel* und weiteren Printmedien wird die neue Bürgerlichkeit als Rückbesinnung auf die Familie und Sekundärtugenden wie Pflichtbewusstsein und Fleiß etabliert und gefeiert. 68 wird umgedeutet als Bewegung, welche Individualisierung und Narzissmus vorangetrieben habe und damit um ein Haar die Bürgerlichkeit zerstört hätte. Von Lucke beschreibt diese Perspektive wie folgt:

„Was sich hier bereits andeutet, ist nichts weniger als die Umkehrbewegung zur Politisierung des Privaten in den siebziger Jahren. Während damals gerade das Private als politisch erkannt wurde und die neuen ökologischen und feministischen Lebensstilfragen als politische in den Mittelpunkt rückten, wird das Private heute zunehmend entpolitisiert. ‚My home is my castle‘: Was ich in meiner Kleinfamilie anstelle, hat den politischen Außenraum nicht zu interessieren.“ (S. 49)

Aktive Bürger als Ideal

Die anschließende Replik von Luckes ist die eigentliche Stärke des ganzen Buches. Er betont, dass die 68er-Bewegung zwar die Bourgeoisie, also das Besitzbürgertum, angegriffen habe, aber gerade durch ihren Einsatz ein neues Verständnis von Bürgerlichkeit ermöglichte. Das neue Idealbild benennt er mit dem Begriff „citoyen“ in französisch-aufklärerischer Tradition und meint damit Bürger_innen, die „aktiv und eigenverantwortlich am öffentlichen Leben [teilhaben]“ (S. 59). Er betont, dass der Beitrag der 68er-Bewegungen an der Durchsetzung von Liberalisierung kaum zu unterschätzen sei. Die genannten Autoren des Feuilletons funktionalisierten die Debatte um 68, um den Bourgeois zu rehabilitieren. Sie wollten die betriebene „Massenverachtung“ (S. 79) und unpolitische Abschottung gegenüber der sogenannten neuen Unterschicht legitimieren. Von Lucke beschreibt: „Im Geiste der Neubürgerlichen Leistungs-Ideologie wird jede Form unverhohlenen Reichtums erneut legitim“ (S. 75). Abschließend betont der Autor wiederholt, dass es sich lohne, in

den Deutungskampf um 68 einzutreten, da es um weit mehr gehe als um Geschichtsdeutung – nämlich um die Verfassungsmaxime. „Freiheit, Gleichheit und Bürgerlichkeit“ (S. 65) werden derzeit unter der Hand gegen „Freiheit, Eigentum, Sicherheit“ (S. 67) ausgetauscht.

Zuletzt möchte ich kritische Ausblicke anfügen. Der Autor neigt zur Schwarz-Weiß-Malerei, weil es für ihn die eine gute Bürgerlichkeit gibt, die in den 68ern entstanden ist. Dabei blendet er aus, dass es sehr wohl problematisches Erbe der 68er gibt, wie zum Beispiel den Drang nach individueller Selbstverwirklichung. Mit diesem ausschließlich affirmativen Bezug auf die 68er wird es unmöglich, das Spektrum jenseits der Extreme zwischen unpolitischen Luxusbürger_innen und citoyen zu fassen. Was ist zum Beispiel mit der_dem grünen Nachhaltigkeitsbürger_in? Da geht es um mehr als um leistungsideologische Abschottung – es geht darüber hinaus um einen spezifisch moralischen beziehungsweise vermeintlich politischen Abwehrgestus.

Albrecht von Lucke 2008:

68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht.

Klaus Wagenbach, Berlin.

ISBN: 978-3-8031-2582-8.

96 Seiten. 9,90 Euro.

Zitathinweis: Nele Kuhlmann: 1968 – Ende oder Anfang von Bürgerlichkeit? Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1276>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Konsum mit gutem Gewissen



Kathrin Hartmann

Ende der Märchenstunde

Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt

Das Buch zeigt, wie die egoistische Lebensphilosophie der Lifestyle of Health and Sustainability (LOHAS) die Gesellschaft zerstört.

Rezensiert von [Lea Arnold](#)

In ihrem Buch „Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die LOHAS und Lifestyle-Ökos vereinnahmt“ aus dem Jahr 2009 widmet sich die Autorin und Journalistin Kathrin Hartmann dem in den vergangenen Jahren aufgekommenen Phänomen der LOHAS, ihren Konsumeigenschaften und deren Auswirkungen auf den Markt. Der Begriff LOHAS („Lifestyle of Health and Sustainability“) hat seinen Ursprung in den USA und beschreibt eine Personengruppe, die ihren Lebensstil nach Aspekten der „Gesundheit und Nachhaltigkeit“ ausrichtet. Hartmann stellt jedoch relativ schnell fest, dass LOHAS „ein Großstadtphänomen der westlichen Bildungselite“ und vor allen Dingen „frei von politischer Haltung“ (S. 20) sei. Wenn es also keine politischen Motive sind, was treibt die so genannten Lifestyle-Ökos an?

Konsum mit gutem Gewissen

LOHAS wohnen in renovierten Altbauten in Szenevierteln, lassen ihre Kinder in Kinderläden von Elterninitiativen betreuen, kaufen biologisch und im besten Fall auch noch Fairtrade ein. Ihre Kleidung ist aus Bio-Baumwolle, sie trinken Bionade oder fair gehandelten Chai Latte, treffen sich in kleinen angesagten Cafés und praktizieren Yoga. So das Bild der LOHAS, welches wohl viele im Kopf haben. Auch Kathrin Hartmann geht in ihren Überlegungen von solchen Vorstellungen aus. Es muss jedoch dazu gesagt werden, dass es keine allgemeingültige Definition des LOHAS an sich gibt. Die Lifestyle-Ökos genießen ihr Leben und tun dabei auch noch Gutes, indem sie auf ihre Gesundheit achten, auf Bildung und auf fair gehandelte, gesunde Ernährung. Doch die Autorin macht schnell deutlich, dass diese Rechnung nicht aufgeht: „Der größte Irrtum, dem die LOHAS und Lifestyle-Ökos aufsitzen, ist zugleich ihr Prinzip: die durch den Kapitalismus ruinierte und ungerecht gewordene Welt durch guten Kapitalismus zu retten“ (S. 19). Die LOHAS wollen nicht demonstrieren oder Aktionen machen. Sie wollen nur fair und biologisch kaufen oder höchstens mal bei *Campact* eine Online-Petition unterschreiben. Und so zeigt Hartmann sehr präzise auf, dass die LOHAS keineswegs bereit sind, durch einen veränderten Konsum auch auf Privilegien, Markenprodukte oder Qualitätssiegel zu verzichten. Denn die Konsumeigenschaften der LOHAS seien vor dem Hintergrund der immer stärker entideologisierten und entsolidarisierten Politik und Gesellschaft zu sehen und somit „eigentlich eine Suche nach dem wahren Leben. Ziel ist die Stimmigkeit des eigenen Lebens“ (S. 73). Da werden Marken und Lifestyleprodukte schnell zum Lebensgefühl (gemacht). Der oder die LOHAS definiert sich über den eigenen Konsum.

Der Genuss soll also im Fokus stehen und wird en passant mit ein bisschen Weltrettung verbunden. Ausgehend von den Konsument_innen haben sich Wellness, Freizeitbranche und auch der (private) Bildungsbereich schnell auf die Anforderungen der Lifestyle-Ökos eingestellt: Basierend auf der kapitalistischen Idee müssen zwar alle Konsumartikel und Dienstleistungen einen Öko-

Anstrich haben, ob die Öko-Bilanz aber dann tatsächlich positiv ausfällt, sei dahingestellt. Die Bio-Verkaufszahlen in Deutschland sprechen ihre eigene Sprache. Der Umsatz von Bio-Lebensmitteln macht gerade mal vier Prozent des gesamten Lebensmittelumsatzes aus. Außerdem achten die Deutschen bei ihren Kaufentscheidungen immer noch zuallererst auf den Preis, sodass von dem Bio-Boom der letzten Jahre insbesondere die Discounter profitiert haben (28 Prozent Anteil an Bio-Produkten insgesamt). Die ernüchternde Erkenntnis in Hartmanns Ausführungen ist, dass die LOHAS eigentlich am großen Ganzen – also auch am ungerechten Wirtschaftssystem – gar nichts ändern wollen. Sie sind aufgewachsen im Kapitalismus und genießen ihre gesellschaftlichen Privilegien. Das heißt, sie profitieren davon, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland stark vom Geld abhängt. So sind sie unter sich und vor allem nicht so viele.

Das Buch gibt einen gut recherchierten Überblick über das Verhältnis von Wirtschaft und LOHAS-Interessen. „Indem der Lifestyle-Öko konsumiert und den CSR-Versprechen [Corporate Social Responsibility] der Konzerne glaubt, nimmt er den Druck von Politik und Kapital, wirklich etwas zu ändern“ (S. 20, Anm. L.A.). Immer mehr Unternehmen fahren eine „win-win-Strategie“, indem sie ihr Image durch „Greenwashing“ und „Corporate Responsibility“ verbessern (und damit ihren Profit steigern), und die Kund_innen haben das Gefühl, sie hätten mit ihrem Kauf etwas Gutes getan. Aber berechtigterweise stellt die Autorin die Gretchenfrage: Kann ein profitorientiertes Unternehmen überhaupt Gutes tun? LOHAS sind meist gebildete Menschen – müssten die Unternehmenstrategien nicht zu durchschauen sein? Kaufen sich die Unternehmen und die LOHAS nicht einfach von ihrer Verantwortung für die Gesellschaft frei? An dieser Stelle wird auch einer der größten Widersprüche deutlich: Die Konsument_innen sind unpolitisch, fordern also auch von der Politik nichts ein. Die Gesellschaft ist nicht mehr in der Lage, große politische Forderungen an ihre Repräsentant_innen zu stellen. Wie aber auch, bei der starken Individualisierung und Angst um den eigenen Status? Auf der anderen Seite präsentieren sich Unternehmen als Weltretter und Problemlöser. Wo bleibt die Demokratie in diesem Beziehungsgeflecht? Welche Rolle spielen Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt in einer solchen, wirtschaftlich orientierten „win-win-Situation“?

Die neuen Bürgerlichen?

Da die LOHAS neben dem Konsum auch Bildungsfragen oder Freizeitgestaltung dem Gedanken der Nachhaltigkeit und Individualität unterordnen, entwickeln sie sich aus Sicht der Autorin zu einer eigenen Kaste. „Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht“ (S. 22). Dass diese Rechnung nicht aufgeht, ist die Erkenntnis und auch der Appell des Buches. Die LOHAS halten sich, in einer arroganten Art, für Gutmenschen und blicken sogar auf andere gesellschaftliche Gruppen hinab. Hartmann greift hier auf Colin Crouchs Theorie des Sozialdarwinismus zurück und erkennt eine klare Abgrenzung der LOHAS zu unteren Gesellschaftsschichten. Dass die LOHAS durch ihr Verhalten die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben, ist ihnen wahrscheinlich zum Großteil gar nicht bewusst. „Das Konzept der LOHAS ist, gerade weil es sich so pragmatisch und gut gelaunt gibt und seine Ideologiefarbe ein ums andere Mal betont, eine glasklare neoliberale Wirtschafts Ideologie“ (S. 20). Ganz deutlich und damit einer der größten Widersprüche der LOHAS: Sie wollen zum Beispiel durch ihren Konsum in der so genannten Dritten Welt Gutes tun, sie wollen die Regenwälder retten und gleichzeitig noch den CO₂ Ausstoß reduzieren. Doch ihr Genuss ist nur möglich, weil es diese „Dritte Welt“ gibt, weil Wälder abgeholzt und CO₂ im Übermaß produziert wird. Dazu kommt das Ausblenden der gesellschaftlichen Probleme im eigenen Land – ja sogar ihre Verpönung und Verachtung: die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Beispiel gegenüber Arbeitslosen lag im Jahr 2002 laut einer Studie der Universität Bielefeld in Deutschland bei 56 Prozent. LOHAS können solchen Entwicklungen nach Hartmanns zumindest Vorschub leisten.

Die Autorin zeichnet aus diesen Entwicklungen ein sehr düsteres Bild der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland. Immerhin schwanken die Zahlen aktueller Studien zwischen einem 12-30 prozentigen Anteil der LOHAS beziehungsweise Menschen mit

ähnlichem Lebensstil in Deutschland. Offen bleibt die Frage, wie aus Sicht der Autorin die Konsument_innen zu bewerten sind, die sowohl biologisch und fair gehandelt kaufen, aber auch durch politischen Aktivismus etwas zu Änderung der Gesellschaft beitragen wollen. Ist auch ihr Konsum zu verurteilen? Oder ergibt sich daraus ein stimmiges Gesamtpaket von Konsumverhalten und politischer Agitation? Fakt ist, dass der LOHAS-Konsum und der Markt sich gegenseitig bedingen. Aber im Gegensatz zu Unternehmen, die immer profitorientiert sein werden, könnten die LOHAS etwas an ihrem Verhalten ändern. Dass sich LOHAS den ihnen ursprünglich von außen zugewiesenen Titel mittlerweile aber zu Eigen gemacht haben und sich so von anderen Gruppen abgrenzen, zeigt das Problem: die von Hartmann zum Teil etwas polemisch formulierten Vorwürfe werden wahrscheinlich von den LOHAS nur belächelt. Wie ein Ausweg aussehen könnte, bleibt unbeantwortet, aber Hartmann versucht durch ein Potpourri an politischen Ansatzpunkten, wie zum Beispiel dem bedingungslosen Grundeinkommen, der Rolle des Feminismus oder auch der Arbeit von Verbänden und Gewerkschaften mögliche Lösungen für das LOHAS-Dilemma aufzuzeigen.

Abgesehen von diesen kleinen Schwächen macht dieses sehr lesenswerte Buch seinem Titel alle Ehre: Es ist ein Märchen, zu glauben, dass durch gezielten Konsum die Welt zu verbessern wäre. Dieses Märchen erzählen die LOHAS vor allem aber sich selbst, um der Realität nicht ins Auge zu blicken: Nur durch politische Aktivität könnte man etwas an gesellschaftlichen und globalen Problemen ändern. Dann müssten die LOHAS aber etwas von ihrer bequemen Geltungs- und Genusssucht aufgeben.

Kathrin Hartmann 2009:

Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt.

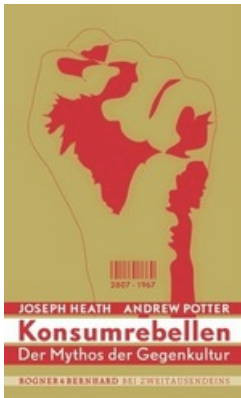
Blessing, München.

ISBN: 978-3-89667-413-5.

384 Seiten. 16,95 Euro.

Zitathinweis: Lea Arnold: Konsum mit gutem Gewissen. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1278>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Cooler Bürgerlichkeit



Joseph Heath, Andrew Potter

Konsumrebell

Der Mythos der Gegenkultur

In der bereits 2005 vorgelegten Bestandsaufnahme zum postmodernen Konsumkapitalismus wird die gesellschaftliche Differenz zwischen individueller Systemanpassung und sozialem Protest aufgehoben und in einen neuen entgrenzten postbürgerlichen Kapitalismus überführt.

Rezensiert von [Jan Quetting](#)

Im vorliegenden Buch wird argumentiert, dass die alternativen Bewegungen nur die Formen, nicht aber die Prinzipien des Kapitalismus verändert haben. Für Joseph Heath und Andrew Potter haben vielmehr die neuen emanzipatorischen und antikapitalistischen Bewegungen seit den 1960er Jahren, die sich gegen das hegemoniale Lebensmodell der Industriegesellschaft positioniert haben, zu einem entpolitizierenden Hyperindividualismus geführt. In ihrer Ablehnung haben die Protestbewegungen sich von gesellschaftlichen Debatten und Entscheidungsprozessen abgekoppelt, um ihren Ausdruck in neuen ästhetischen Lebenspraxen zu finden, die letztlich neues kapitalistisches Verwertungspotenzial geschaffen haben; beste Voraussetzung für eine neoliberale Totalökonomisierung der menschlichen Lebensbereiche. Die Autoren beschreiben die Entwicklung der US-amerikanischen Gesellschaft, aber die Erklärungsansätze sind universal, sodass sie sich auf alle kapitalistischen Gesellschaften anwenden lassen.

Die Gegenkultur als neue kapitalistische Treibkraft

Die Herrschaftskritik der Gegenbewegung, die in den 1960ern beginnt, sich zu formieren, ist für Heath und Potter vor allem eine Kritik an die Nachkriegszeit prägenden Modell der nivellierten Mittelstandsgesellschaft. In ihr schienen sich die sozialen Klassen hin zu einer bürgerlichen Mitte aufzulösen. Für die Gegenbewegungen bedeutet dies im Resultat allerdings nur gleichmacherischen Massenkonsum und eine manipulative Kulturindustrie. Für die alternativen Bewegungen kann dieses System seine Ordnung nur dadurch erlangen, indem es das Individuum unterdrückt. Die Autoren schreiben, dass der Feind der Gegenkultur die Gesellschaft der Angepassten sei. Das Ziel müsse aus dieser Perspektive der Aufbau einer neuen Welt sein, die auf individueller Freiheit beruhen soll. Diese, so die Autoren, liefert jedoch die besten Voraussetzungen für einen entgrenzten Kapitalismus und für eine Totalökonomisierung der menschlichen Lebensbereiche. Heaths und Potters These ist eindeutig: Es gibt keinen Widerspruch zwischen den Werten der Gegenkultur und den funktionalen Erfordernissen des Kapitalismus. Ganz im Gegenteil: Tatsächlich ist die Kritik der Massengesellschaft eine der stärksten Triebkräfte der Konsumkultur und Konkurrenz, indem sie neue materielle Codes entwirft, die sich zu immer neuen Produkten umwandeln lassen.

In diesem Prozess kommt der Lifestyle-Kapitalismus zu voller Blüte. Immer weniger Dinge werden für einen klar spezifizierbaren Gebrauchswert erworben, sondern aufgrund ihrer Trägerqualität von Lebenserfahrungen, Persönlichkeitsversatzstücken und sozialer Standortbestimmung. Und auch die Figur des Konsumrebells entspricht vollständig dieser Logik, wenn er seine Lebensideen durch betont alternative Konsumententscheidungen inszeniert. Mit der Totalökonomisierung aller

Lebensbereiche geht auch eine Totalkulturalisierung einher, die auch vor den gegenkulturellen Szenen nicht Halt macht.

Wie Joseph Vogl in seinem „Gespenst des Kapitals“ herausgestellt hat, verschlingt der Markt jede kulturelle Artikulation. Er kann sogar Aufruhr und Subversion als vitalen Ausdruck seines eigenen Systems aufnehmen, er kann den Protest als eine Sehnsucht freier Märkte und Kapitalismuskritik als konsequenten Ausdruck von Selbstoptimierung und schöpferischer Zerstörung verbuchen. Die KritikerInnen des gleichgemachten Massenkonsums sorgen gerade für die nötige Dynamik der Bedürfnisveränderung. Bürgerliche Konventionalität und Konformität sind dabei nur ein Hindernis.

Individualistische Bürgerlichkeit

In der Analyse des fruchtbaren Zusammenwirkens von Kapitalismus und Rebellion skizzieren die Autoren das Resultat der gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten 40 Jahren. Die Beschleunigung der gesellschaftlichen Lebensbereiche führt das Individuum auf „rutschende Abhänge“, wie es der Soziologe Hartmut Rosa formuliert hat (Rosa 2012, S. 214). Der Anpassungsdruck, um mit der zunehmenden Veränderung und den daraus resultierenden Anforderungen Schritt zu halten, steigt an. Und wer kommt damit besser zurecht als die prinzipiellen NonkonformistInnen, die sich gegen jede Art von massenkultureller Vereinnahmung zur Wehr setzen und die individuelle und soziale Umwälzung als subjektivierende Lebensmaxime programmiert haben?

Auf diese Weise gelangen die Autoren fast beiläufig zu ihrer Schlüsselannahme des sozialen Wandels: Die bürgerliche Mittelstandsgesellschaft hört auf zu existieren, weil die gleichförmige Massengesellschaft nicht mehr den Anforderungen eines individualistischen Kulturkapitalismus entspricht. Wer das Bürgerliche als hegemoniale Kultur in der Marktgesellschaft wähnt, ist der Idee aufgesessen, dass Kapitalismus durch Konformismus funktioniert. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Autoren konstatieren einen fundamentalen Wandel im gesellschaftlichen Statussystem. Die Werte der Bohème und der Rebellen verdrängen sukzessive das Prinzip der Klasse und zerschlagen das System traditioneller bürgerlicher Werte. Die Herrschaftskritik wird gegenüber der Massenkultur zur neuen kapitalistischen Herrschaftspraxis. Der Businesspunk triumphiert über den Angestelltenspießer.

Die neue dominierende Klasse bildet sich durch die Fusion der ehemals antagonistischen Fronten. Mit den traditionellen Vorstellungen von Bürgerlichkeit hat diese allerdings nur noch die Leistungsorientierung gemeinsam. Darüber hinaus zeichnen sich ihre RepräsentantInnen durch Ruhelosigkeit, Individualismus, Freigeistigkeit und Unabhängigkeit aus, zugleich werden sie davon getrieben, konsequent kapitalistisch zu sein, indem sie sich nicht an hergebrachte Handlungsschemata und institutionalisierte Verfahrensweisen halten. Die wirtschaftsliberale Haltung des Bürgertums wird konsequent auf alle Lebensbereiche ausgedehnt, die subversive Haltung der Gegenkultur zu zerstörerischen Marktkräften umgelenkt.

Neue Herrschaft der Gegenkultur

In diesem Prozess verändert sich das Statussystem. Statt traditioneller bürgerlicher Merkmale der Abgrenzung von anderen entscheidet nun die Coolness. Das Coole erweist sich zwar in seiner Ausprägung als unbestimmbar, richtet sich allerdings immer gegen die Vereinnahmung durch die Masse und gegen eine lange zeitliche Beständigkeit. Im Streben nach sozialem Status durch Coolness müssen Innovationsleistungen permanent vollzogen werden. Es triumphiert der selbstoptimierende Coolismus gegenüber den Repräsentanten traditioneller, essentialistischer Lebensvorstellung. Der Mensch wird zu einem Kreativspieler seines Lebens.

Bei diesen zentrifugalen Bewegungen in der gesellschaftlichen Mitte bleiben die Vielen zurück, die nicht willens, aber vor allem nicht imstande sind, den Weg des brachialen Konsums und Individualismus mitzugehen. Es machen sich Ängste breit vor dem Verlust des Status, der Repräsentativität innerhalb des politischen Systems und der Etabliertenvorrechte. So fasst der Soziologe Oliver Nachtwey in einem Aufsatz zur erodierenden Mitte das Dilemma des Bürgertums treffend zusammen: „Man trampelt auf der Stelle, gibt sich dem Wettbewerb hin, verzichtet auf Ansprüche, ist pflichtbewusst und verhält sich konformistisch und es geht nicht voran“ (Nachtwey 2015, S. 81). Warum das so ist, wissen Heath und Potter zu beantworten: „Coole Leute betrachten sich gerne als subversiv, als Radikale, die sich nicht an althergebrachten Methoden halten. Genau das ist der Motor des Kapitalismus.“ (Heath/ Potter 2005, S.251) Und genau weil die anderen das tun, was sie tun, können sie nicht mehr sein als absteigendes Mittelmaß. Für gesellschaftlichen Erfolg bedarf es mittlerweile anderer Eigenschaften: einen rebellischen Impetus und den Reiz der Subversion.

Heath und Potter legen die Widersprüchlichkeiten einer neoliberalen Gesellschaft schonungslos offen. Die permanenten kulturellen Abgrenzungsanstrengungen sind eine neue Form der Anpassung an den zunehmend alle Lebensbereiche umfassenden Leistungsdruck. In der Inszenierung eines avantgardistischen, selbstbestimmten Individualismus verbirgt sich ein zutiefst antidemokratischer Reflex. In ihrer Abwendung von der trägen Massendemokratie geht in dieser Weise zu viel Kapazität und Initiativkraft verloren, um die großen sozialen und ökologischen Fragen anzugehen. Ganz im Gegenteil scheint der rebellische Individualismus dazu geführt zu haben, dass der Diskurs um die Zusammenhänge von sozialer Verantwortung und individueller Entfaltungsmöglichkeiten zunehmend abgedunkelt wird. Die wachsende soziale Ungleichheit wird schlicht durch Desinteresse legitimiert.

Zugleich analysieren die Autoren die Gesellschaft anhand eines sehr vereinfachenden dichotomen Musters. Die Gesellschaft wird in ihrer gesellschaftlichen Realität durch zwei soziale Blöcke konstituiert: die Systemangepassten und die gegenkulturellen Strömungen. Diese Einteilung verzerrt grobschlächtig die komplexe soziale Realität einer pluralistischen Demokratie. Dazu verstehen Heath und Potter, ohne einen spöttischen Anklang dabei verbergen zu wollen, Protest als individuelle Inszenierung von an sich beliebigen Lebensstilvarianten. Konkrete kollektive Protestformen und ihre Wirkungsformen scheinen nicht zu existieren, sondern unterschiedslos in einem Vermarktungskapitalismus aufzugehen. Dabei sollte unbestritten sein, dass jede Form politischer Artikulation mehr ist als Lebensstilangebote. In ihnen kristallisieren sich konkrete Lebenspraktiken und neue Formen kollektiver Solidarität heraus, die sich direkt mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzen und Veränderungspotentiale abseits von Marktzusammenhängen schaffen.

Diese Vereinfachungen passen zu einem Hang der Selbstüberschätzung der beiden Autoren. Souverän scheinen sie sich im postmodernen Zwielficht unübersichtlich gewordener Frontverläufe und Widersprüche bestens zurecht zu finden und wechseln in ihrem Duktus betont kunstvoll zwischen Begriffen des Bohème-Slangs und akademischer Präzision. Fast möchte man auf die Idee kommen, dass die Schrift auch ein Beitrag zur eigenen Inszenierung akademischer Coolness ist. Nichtsdestotrotz liefert das Buch einen aufschlussreichen Beitrag zu gesellschaftlichem Wandel im Neoliberalismus.

Zusätzlich verwendete Literatur

Nachtwey, Oliver (2015): Pegida oder das autoritäre Syndrom. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/15, S. 81-89.

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Vogl, Joseph (2001): Das Gespenst des Kapitalismus. Diaphanes, Zürich.

Joseph Heath, Andrew Potter 2005:
Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur.
Rogner & Bernhard, Berlin.
ISBN: 978-3807710082.
432 Seiten.

Zitathinweis: Jan Quetting: Coole Bürgerlichkeit. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015.
URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1279>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Das Märchen vom bösen Gutmenschen



Jan Fleischhauer

Unter Linken

Von einem, der aus Versehen konservativ wurde

In seinem verkaufsträchtigen Buch polemisiert der Journalist Jan Fleischhauer gegen eine Linke, die es so nur im grün-alternativen Milieu gibt – mit verheerenden Image-Folgen für die antikapitalistische Linke.

Rezensiert von [Christian Baron](#)

Jan Fleischhauer kennt sich aus. Er weiß besser als jeder andere, wie sie ticken, diese Linken. Zumindest glaubt er das. In der Attitüde des blitzgescheiten Intellektuellen mit realistischem, aber nurmehr durch bedächtigen Sarkasmus zu ertragendem Blick auf diese düstere Welt hat der Journalist sich in den vergangenen Jahren einen Namen gemacht. Er ist einer von vielen Vertretern der These, nach der Linke ihre moralisierende Meinung flächendeckend politisch durchgesetzt hätten und unser aller Gemeinwesen vor allem an zu viel Gerechtigkeitssinn kranken würde. Fleischhauer meint den Blick der sogenannten Gutmenschen, die die seiner Ansicht nach wahre, von Grund auf egoistische Natur des Menschen nicht wahrhaben wollen.

In seinem 2009 veröffentlichten Buch „Unter Linken“ polemisiert der sich mit seiner Meinung hoffnungslos in der Minderheit wöhnende und wahrscheinlich gerade darum in seiner eitlen Branche so hoch dekorierte Fleischhauer gegen all jene, die als „Wanderprediger am Außenrand der Gesellschaft“ (S. 330) unterwegs seien. Stets hätten sie den Feind im Auge, den er aus Sicht seiner imaginierten Pappkameraden-Linken beschreibt als „der Täter in seiner reinen Form, der öffentliche Gegner, den es namhaft zu machen gilt – als Frauenfeind, Ausländerfeind oder Schwulenfeind“ (S. 33). Immerzu, so Fleischhauer, betrachte sich die Linke dabei als „moralisch unanfechtbar“ (S. 26).

Charakterlich sei die Linke narzisstisch bis in die ungewaschenen Haarspitzen: „Sie möchte sich laufend bestärkt und bestätigt sehen, jetzt eben dafür, dass sie schon immer irgendwie gegen den Kapitalismus war“ (S. 338). Nun wäre Fleischhauer aber „fraglos mehr beeindruckt, wenn den Vorbehalten eine Analyse vorausgegangen wäre, eine Beschreibung der modernen Finanzprodukte und ihres systemgefährdenden Potentials“ (ebd.). Spätestens an dieser Stelle dürfte klar sein, dass der gute Mann keinesfalls Linke an sich meinen kann; denn selbst ihm müsste längst aufgefallen sein, dass es eine Fülle an radikal linken Kapitalismus- und Krisenanalysen gibt, die in ihrer Originalität und Plausibilität die Gedanken nahezu jedes bisherigen Wirtschaftsnobelpreisträgers locker überflügeln.

Abneigung gegen ein frühkindlich geprägtes Phantasma

Nein, Fleischhauer meint vor allem die neue Bürgerlichkeit der Grün-Alternativen. Das gibt er sogar an einer Stelle unumwunden zu: „Wenn ich von der Linken spreche, meine ich zunächst ein Milieu, das mir seit meiner Kindheit vertraut ist und das man als Links-Bürgertum bezeichnen kann“ (S. 18). Setzt man dies voraus, stehen sogar einige Sätze in seinem Buch, denen umstandslos zuzustimmen ist. Dazu gehört die Bemerkung, unter den Grün-Linken „gründen die meisten Vorbehalte auf Gefühl, nicht auf Überlegung“ (S. 338). Viel Wahres enthält auch seine

Feststellung, dass es ihnen nicht ausreicht, in einer Auseinandersetzung nur Recht zu behalten: „Schon der Versuch der Konsensverletzung gilt als skandalisierender Vorgang“ (S. 339). Fleischhauer ganz zu Beginn des Buches festgehaltene Beobachtung ist wiederum eine fast lückenlose Darstellung der zeitgenössischen Grün-Alternativen in Deutschland:

„Dieses Milieu ist bevölkert von einem bestimmten Typus, den man leicht an seinen Konsum- und Kulturgewohnheiten erkennen kann (auch wenn er sich selbst auf seinen Nonkonformismus viel zugutehält) und der sich durch ein ausgeprägtes Elitenbewusstsein auszeichnet, wobei Elite zu den Begriffen gehört, die für ihn so tabu sind wie Nation, Heimat oder Volk“ (S. 19).

Nun mag man denken: Was ist denn so schlimm an einer astreinen Persiflage auf das grün-alternative Milieu? Ganz einfach: Das, was Fleischhauer hier als links beschreibt, hat mit der wirklich antikapitalistisch gesinnten Linken überhaupt nichts zu tun. Nichtsdestoweniger war dieses Machwerk im Jahr 2009 das meistverkaufte politische Sachbuch in Deutschland. Und genau hier liegt das Problem: Durch die enorme Öffentlichkeit assoziieren viele Leute mit dem Inhalt des Buches alles Linke, also jedes nur denkbare kapitalismuskritische Ansinnen. Weitere PR erhielt der zwischen zwei Buchdeckel gepresste Schund durch Fleischhauers Arbeitgeber, das ehemals als linksliberales Nachrichtenmagazin bekannte heutige Sturmgeschütz des wirtschaftsliberalen Zeitgeistes namens *Der Spiegel*.

Fleischhauer ist dort nicht nur seit Jahren Redakteur, sondern darf online auch noch regelmäßig seine Kolumne „Der schwarze Kanal“ absetzen, in der er seine freudsche Abneigung gegen sein frühkindlich geprägtes Phantasma der „Linken“ weiter auf die Spitze treibt. Im bei RTL beheimateten Fernseh-Ableger des Hamburger Herrschaftsblättchens durfte der Autor sogar eine dokumentarische Verfilmung von „Unter Linken“ ausstrahlen lassen, die sich noch heute online ansehen lässt. Ein Klick reicht aus, und der stockkonservative Streifen geht los. Nach kaum mehr als zwei Minuten tritt hier der Protagonist himself ins Bild; ausgestattet mit einer randlos runden Brille, das Resthauptaar reaktionärsgerecht mit reichlich Pomade straff nach hinten gekämmt, um die Geheimratsecken freizulegen und noch älter zu wirken als Ende vierzig.

Glaube an Gerechtigkeit als Frevel

In seinem weißen, an den Ärmeln machermäßig hochgekrempten Opi-Hemd schreitet er mit dem schelmischen Schmunzeln des schulmeisternden Strebers und dem verkrampften Gang einer die Prüderie propagierenden Popanz-Gestalt in den Vorgarten seiner als sozialdemokratische Mottenkisten-Madame dargestellte Mutter. Nach einem Drittel des Films trifft Fleischhauer den Grünen-Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele – eigentlich einer der letzten ernst zu nehmenden Vertreter dieser Partei projektorientierter Bionade-Freelancer. In seinem Berliner Wahlkreis versuchte Ströbele vor einigen Jahren, mithilfe einer Bürgerinitiative die Eröffnung einer McDonalds-Filiale zu verhindern. Mit der lächerlichen Begründung, dass das dort verkaufte Essen für die Schüler der nahe gelegenen Berufsschule „nicht gesundheitsförderlich“ sei. Fleischhauer entlarvt Ströbele mit so einfachen Argumenten (unter anderem durch den Verweis auf die Frittenbude nebenan, gegen die Ströbele überhaupt nichts einzuwenden hat), dass der ganze Film schon wieder allzu billig rüberkommt. Viel anders ist es in seinem Buch aber auch nicht.

Um seine eingangs vorgenommene Einschränkung auf das „Links-Bürgertum“ abzuschwächen und so den allgemein gehaltenen Titel des Buches zu rechtfertigen, stellt er den aus seiner Sicht gemeinsamen Kern aller Linken heraus, der für ihn nur die Ausgeburt des abgrundtief Bösen sein kann: Der sozialdemokratische Gewerkschafter, der alte Kommunist, der junge Antifaschist und der Grün-Alternative seien geeint durch ihren Glauben, „einer besseren, gerechteren Sache zu dienen“ (S. 20). Potzblitz, welch Frevel! Eben darum, meint Fleischhauer, können Linke auch keinen Sinn für Humor entwickeln. Seine steile These weiß der Autor aber nur an Beispielen festzumachen, die

seine eigene Menschenfeindlichkeit ostentativ zur Schau stellt.

So belustigt er sich etwa darüber, dass sein Sohn zum Kinderkarneval „ein Plastikgewehr dabei hatte“ (S. 319) und die Lehrerin ihm selbiges abnahm. Der „Israel-kritischen deutschen Linken“ (S. 211) bescheinigt er, sich die Palästinenser als „Ersatzopfer“ (S. 211) erkoren zu haben und statt ironischer Distanzierung nur antisemitische Hetze im Nahost-Konflikt zu betreiben. Als personelle Nachweise der angeblichen Humorlosigkeit aller Linken fallen ihm Dieter Hildebrandt, Claudia Roth und „Lichterketten, Fettecken, BAP, Birkenstock und Yoga-Zentren“ (S. 313) ein. Fleischhauer bezieht sich also auch an den Stellen, die über das grün-alternative Linksbürgertum von heute hinausgehen könnten, immerzu auf die westdeutsche Linke der 1960er- bis 1980er Jahre, die spätestens in den 1990er Jahren in der viel gerühmten „Mitte der Gesellschaft“ angekommen ist.

Die Linke muss ihre Taktik auf Offensive umstellen

Im Grunde laufen seine geistigen Ergüsse damit ausschließlich auf die Prämisse hinaus, Linke pauschal als verwöhnt-reiche „Wasser predigen, aber Wein trinken“-Trottel zu denunzieren. So hätten sie im Bildungssystem für eine „systematische Absenkung der Anforderungen“ (S. 115) gesorgt und den „Leistungsbegriff in Frage gestellt“ (ebd.), sich aber letztlich „noch nie sonderlich für das normale Volk interessiert“ (S. 186). Außerdem ließen sich diese sturen Böcke demnach ihren „Kinderglauben an die moralische Überlegenheit des Kommunismus“ (S. 302) einfach nicht nehmen, hätten aber auch den kapitalistischen Staat und vor allem dessen Universitäten zu ihren eigenen „Selbstversorgungsinstitutionen“ (S. 137) umgebaut.

Fatal an all dem ist, dass so viele Menschen ihm diesen inhaltlichen Blödsinn ernsthaft abnehmen und die gesamtgesellschaftliche Denunziation alles irgendwie Linken in eine Richtung befördern, die sich im Angesicht der postdemokratischen Apathie und des daraus resultierenden europaweiten Rechtsrucks künftig noch gefährlich auswirken kann. Eines können die Linken also aus Büchern wie diesem lernen: Sie müssen ihre Taktik endlich von aggressiver Defensive auf kontrollierte Offensive umstellen.

*

Der Film ist [online einsehbar](#).

Jan Fleischhauer 2009:

Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde.

Rowohlt, Reinbek.

ISBN: 978-3-499-62478-0.

352 Seiten. 16,90 Euro.

Zitathinweis: Christian Baron: Das Märchen vom bösen Gutmenschen. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1277>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Reaktionär, mittelständisch, rechts



Sebastian Friedrich

Der Aufstieg der AfD

Neokonservative Mobilmachung in Deutschland

Ein schmaler Band analysiert ausgehend von der Entwicklung der AfD die Reorganisation der reaktionären Teile der Mittelklasse.

Rezensiert von [Inva Kuhn](#)

Während in den letzten Jahren europaweit rechtspopulistische Tendenzen – je nach gesellschaftlichen Konjunkturen – viel Zuspruch erhielten, zeichnete sich die Situation wirkungsmächtiger rechter Bewegungen und Parteien in der Bundesrepublik etwas anders ab. Immer wieder konnten sich extrem rechte und rechtspopulistische Parteien auf Landes- und Kommunalebene behaupten, wenn auch nur auf kurze Zeit. Das zuletzt erfolgreichste Projekt, das sich rechts von der CDU/CSU zumindest vorläufig etabliert hat, ist die *Alternative für Deutschland* (AfD). Mit ihrer Gründung ist ein Bündnis zusammengekommen, das zugleich eine ideologieübergreifende Plattform für National-Liberale, Rechtskonservative, Rechtspopulisten und Neue Rechte bietet und somit ein Spektrum zusammenhält, das in dieser Form in der Bundesrepublik einmalig ist. Einen gut recherchierten Überblick der Gründungs- und Entstehungsgeschichte der AfD sowie eine ideologisch fundierte Analyse dieser Neuformierung brachte der Autor Sebastian Friedrich Anfang 2015 heraus. Informationen über die ideologische Verortung und politische Verankerung der Partei selbst sind im Buchtitel zu finden.

Rekrutierung des konservativen und neoliberalen Mittelstands

Die Krise des Fordismus nach dem Nachkriegsboom ging mit einer verstärkten Beschränkung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen und der Verschiebung organisierter ideologischer Kräfte einher. Mit dem Neoliberalismus wurde ein Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept etabliert, dessen Konjunkturen großen Einfluss auf den Aufstieg und Wandel der extremen und Neuen Rechten hatte. Europaweit gelang es einigen rechtspopulistischen und extrem rechten Parteien seit der Wirtschaftskrise 2007, mit krisenpolitischen Themen (mehr) Auftrieb zu bekommen. In der Bundesrepublik war bislang dieser national ausgerichtete Neoliberalismus in den Unionsparteien und der FDP verankert. Hervorgerufen durch das hiesige Krisenmanagement stieg jedoch die Unzufriedenheit der national-neoliberalen Eliten. Hierzu dienten in den letzten Jahren, so der Autor, die Debatten um die rechtskonservative Autorin Eva Herman und den rechtspopulistischen Hetzers Thilo Sarrazin als Auftrieb, die zunehmend entstandene Lücke vor dem Hintergrund der Modernisierung und dem „Linkstrend“ der Unionsparteien zu füllen. Friedrich konstatiert: „Der fortwährende Modernisierungstrend der Union hat Spekulationen um Erfolgsaussichten einer neuen Rechten Partei weiter befeuert“ (S. 18). Wirtschaftspolitische Themen im Zuge der Euro-Krisenbekämpfung, Antifeminismus sowie ein Rollback von Geschlechterrollen und das Thema Einwanderung sind, wie Friedrich sehr gut ausführt, zentrale ideologische Anknüpfungspunkte für die Einigung des rechtskonservativ-national-neoliberalen Spektrums.

Der ideologische Grundstein für den Erfolg der AfD wurde Jahre davor gesetzt: Zum einen führten Themen wie Standort-Wettbewerbsfähigkeit oder der durch die Agenda 2010 beschleunigte

Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu einer reaktionären Wende der Mittelschicht. Zum anderen spielten der Partei mittelständische Unternehmen in die Arme, die sich zunehmend enttransnationalisieren, um der Krise der Kapitalakkumulation entgegenzuwirken. Diese beiden Spektren, von Friedrich als reaktionäre Mittelklasse beschrieben, bilden unter anderem die soziale Basis der AfD. In diesem Kontext hat sich auch der marxistische Soziologe Stuart Hall mit der Analyse rechter Argumentationsformate als strategische Manöver für die Durchsetzung neoliberaler Politik beschäftigt. Die Widersprüche innerhalb des herrschenden Machtblocks erzeugten einen alternativen Block, „der um die mächtigen Themen ‚Anti-Etatismus‘ [Antistaatlichkeit] und ‚Anti-Kollektivismus‘ [...] organisiert ist“ (Hall 2014, S. 108). Die Artikulation dieser Unzufriedenheit schlägt quasi in einen Ruf nach „Gemeinsam aus der Krise“ (S. 27) um und führte Vertreter_innen national-neoliberaler und rechtskonservativer Ideologien zusammen. Exemplarisch kann an dieser Stelle die Gründung des *Vereins zur Unterstützung der Wahlalternative 2013* angeführt werden, mit dem gleichzeitig die ersten (personell spektrenübergreifenden) Weichen für die Gründung der AfD gestellt wurden. Kein Geheimnis mehr ist ebenso die politische Nähe der Familienunternehmer zur AfD: „Viele Fragen der AfD sind auch unsere Fragen“ (S. 94), so Roland Pichler vom Verband *Die Familienunternehmer*.

Inkompetentes Parteimanagement oder gewollter Rechtsruck?

Die personelle Zusammensetzung der Partei hat sich stetig geändert. Flügelkämpfe und interne Zerwürfnisse wurden immer öffentlicher ausgetragen. Für die programmatische Erweiterung nach rechts können laut Friedrich die Bundestagswahlen 2013 als Zäsur betrachtet werden. Nachdem es knapp nicht gelungen war, den Einstieg in den Bundestag zu realisieren, versuchte man, sich auf personeller Ebene nach rechts zu orientieren. Die strategisch gewollte Öffnung in das (extrem) rechte Spektrum sprach nicht nur die Wählerschaft mittlerweile desolater rechter Splitterparteien an, sondern war auch der Neuen Rechten ein willkommener Anlass, sich in die Strukturen der Partei einzureihen. Insbesondere seit den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen sind diese programmatischen Rechtsverschiebungen zunehmend Teil einer neuer Strategie geworden. So konstatiert Friedrich: „Ein vollkommen neues, in Landtagswahlkämpfen aber beliebtes Thema war Kriminalität und ‚Sicherheit“ (S. 56).

Das, was der Autor beschreibt, findet sich auch in Stuart Halls (Hall 2014, S. 109) Schriften zur Bedeutung des autoritären Populismus wieder: „Der ‚Ruf von unten‘ nach der Wiederherstellung der moralischen Prinzipien nahm zunächst die unmittelbaren Symptome der Unordnung - Anstieg der Verbrechen, Kriminalität, moralische Permissivität – und konstruierte diese Symptome mit Hilfe von organisierten ideologischen Kräften an der Basis zum Szenario einer allgemeinen ‚Krise der moralischen Ordnung“. Die Bedienung dieses Themenkomplexes schreit förmlich nach einem ‚Ruf nach Disziplin‘ von unten, der in einen Ruf nach einer gewaltsamen Wiederherstellung der sozialen Ordnung und Autorität von oben artikuliert wird. Dementsprechend versteht die politische Rechte „Demokratie“ als einen Ort, „den sie besetzen muss, als Einsatz, den sie ergreifen muss“ (ebd., S. 104). Nicht umsonst richtet sich die Kritik von Rechtspopulisten dem Wort nach gegen „die da oben“, auch wenn die Adressierten selbst auf einen „starken Staat“ setzen, um im Rahmen der Krise zwecks Disziplinierung der sozialen und politischen Kämpfe auf autoritäre Zwänge und repressive Maßnahmen zurückzugreifen. Das Repertoire gesetzter Themen in der AfD wurde um den Antimuslimischen Rassismus ergänzt – bestehende erzkonservative Themen wie Geschlechterfragen, Homosexualität und Familienpolitik wurden offensiver angegangen und haben auf Landtagsebene zum erhofften Erfolg geführt. Die einst konservativ-neoliberale Idee wurde zunehmend Teil eines rechten Hegemonieprojekts. So Friedrich weiter: „Aus der einst national-neoliberal-rechtskonservativen Partei mit einem liberalen Flügel wurde ein rechtes Sammelprojekt, in das auch ein immer mächtiger werdender Rechtsaußen-Flügel eingebunden ist“ (S. 64). In diesem Kontext beschäftigt sich der Autor auch mit den vielfältigen Auswirkungen dieser Rechtsorientierung auf die Partei aber auch auf die Wählerschaft und kommt auf aufschlussreiche

Ergebnisse. Die strategische Ausrichtung nach rechts ging mit der Stärkung des rassistischen Flügels innerhalb der Partei einher. „Zuwanderung“ wurde als Wahlkampfthema gesetzt und die strategische Annäherung an die PEGIDA letztes Jahr forcierten den rassistischen Diskurs innerhalb der Partei. Die Frage nach der „Nützlichkeit“ von Einwanderung begleitete stetig all diese Debatten. So warnte Lucke 2013 schon in einer Rede in der Pfalz vor Menschen, die nach Deutschland kommen und „einen Bodensatz bilden, der lebenslang in unseren Sozialsystemen verharrt“. Derlei Nützlichkeitsdebatten vertragen sich tatsächlich sehr gut mit dem neoliberalen Credo der „Willkommenskultur“: Fachkräfte, die der Wirtschaft dienen, sind erwünscht, andere werden als Last für die Sozialsysteme diffamiert und somit als nicht willkommen betrachtet. Daran knüpft die AfD an und erntet Allianzen, die in der Gründungsphase kaum möglich waren.

Wie weiter?

Das Bemerkenswerte an diesem schmalen Band ist die Fülle der gelieferten Informationen und Analysen zur Entwicklung der AfD. Auf knapp 100 Seiten schafft es der Autor nicht nur einen fundierten Überblick zusammenzutragen, er reißt auch die jeweiligen ideologischen Hintergründe der Zusammensetzung auf und bietet somit differenzierte Analysen zur Formierung und Reorganisation neoliberaler, populistischer und reaktionär-konservativer Kräfte in der Bundesrepublik. Das Poket-Format des Buches hat entscheidende Vorteile, der Autor erörtert aber aufgrund der Kürze nicht alle Aspekte substantiell. Für diejenigen, die aktuelle Entwicklungen der Partei verstehen wollen, sei das Buch wärmstens empfohlen. Auch für diejenigen organisierten Linken, die in der Krise dem zunehmend autoritären Konsens entgegenwirken wollen, sind dem Buch kluge Beobachtungen zu entnehmen, um die Entwicklung populärer Kräfteverhältnisse, wie Hall mal sagte, nicht in autoritär populistische, sondern in populär-demokratische umzuwandeln.

Zusätzlich verwendete Literatur

Hall, Stuart (2014): Populismus. Hegemonie. Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5. Hamburg. Argument Verlag.

Sebastian Friedrich 2015:

Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland.

Bertz + Fischer, Berlin.

ISBN: 978-3-86505-731-0.

109 Seiten. 7,90 Euro.

Zitathinweis: Inva Kuhn: Reaktionär, mittelständisch, rechts. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1281>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Kompromisslose Meuterei



Laurie Penny
Unsagbare Dinge
Sex, Lügen und Revolution

Die britische Bloggerin, Aktivistin und Journalistin legt nach „Fleischmarkt“ mit „Unsagbare Dinge“ erneut eine Kampfansage an sexistische Strukturen vor, die mensch auch den eigenen Eltern schenken kann.

Rezensiert von [peps perdu](#)

Mit viel Schärfe, starken sprachlichen Bildern und persönlichen Storys angereichert, rechnet Penny in „Unsagbare Dinge“ mit dem sexistischen Backlash der letzten Jahre ab. Dies ist keine Gebrauchsanweisung für eine Welt jenseits von Heterosexismus – aber es ist eine Bestandsaufnahme, welche Auswirkungen die Zusammenhänge von Neoliberalismus und Geschlechterverhältnissen sowie der Bezug auf Körper und Liebe in dieser Welt haben. Penny stellt klar, dass nicht Sex das Problem ist – sondern Sexismus und patriarchale Strukturen. Zugleich fordert sie dazu auf, die – wie sie es nennt – „großen provozierenden Fragen“ (S. 16) zu stellen, nach Liebe und Arbeit, Sex und Politik. Und sich zu weigern, die Dinge so zu nehmen, wie sie momentan sind.

Damit positioniert sich Penny gegen einen Mainstream-Feminismus, der sich mehr mit dem Anteil von Frauen in Chefetagen beschäftigt als das gewaltvolle System des Patriarchats umgreifend anzusprechen. Die Einleitung ist ein wortstarkes Statement für jene, die nicht die Gewinner_innen des Kapitalismus und des weißen Mittelstands-Feminismus sind – es ist für jene, die laut Penny die Revolution anführen werden:

„Ich glaube, wenn uns in dieser strapaziösen konfusen Zukunft etwas retten kann, so ist es die Wut von Frauen und Mädchen, Queers, Freaks und Sündern. Ich glaube, die Revolution wird feministisch sein, und wenn sie da ist, wird sie intimer und schockierender sein, als wir es uns bisher vorzustellen wagten.“ (S. 12)

Obwohl sie alle jene, die mit Feminismus mehr verbinden als den kleinsten gemeinsamen Nenner, der Erfahrung als Frau*, in den Vordergrund rücken möchte, und auch ihre eigene Positionierung als bürgerliche weiße Frau darstellt, bleibt Penny leider zum Teil genau dort im Laufe des Buches stehen. Sie verfällt sprachlich in einen biologistischen Bezug auf das, was Frauen angeblich ausmacht (Brüste und Vaginas, Anyone?). Allerdings zeigt sich in der Einleitung auch deutlich, dass Penny ein zweigeschlechtliches System, in dem sich die Wenigsten einfügen können, als äußerst gewaltvoll versteht. In ihrem Buch geht es nicht darum, Regeln aufzustellen, wie Menschen sich zu verhalten haben, damit die Revolution kommt oder aus ihnen „gute“ Feminist_innen werden – es geht darum, zu erkennen, warum es sich zu kämpfen lohnt, für eine bessere Gesellschaft, im Privaten und Politischen.

Zwischen Schönheitsvorstellungen und Männlichkeiten

Penny gelingt es, in flüssigem Stil und mit klaren Worten, persönliche Erfahrungen und politische Analysen miteinander zu verbinden. Sie schreibt über ihre Klinikaufenthalte, um Kritik an

Schönheitsvorstellungen und Körperbildern zu üben, und verweist darauf, dass das Privileg der Rebellion oft männlich ist. Denn weibliche Rebellion wird häufiger eingesperrt, unsichtbar gemacht, als unnatürlich und krankhaft dargestellt: als etwas, das von der Norm abweicht und so auch keinen Platz im öffentlichen Raum haben darf, ohne ein aufgemaltes Lächeln oder vollgepumpt mit Psychopharmaka.

Doch nicht nur Frauen* sind im starren Geschlechterregime gefangen: „Einige meiner besten Freunde sind weiß, männlich und hetero“ (S. 69) gibt Penny augenzwinkernd zu und beginnt darüber zu schreiben, dass patriarchale Strukturen und Vorstellungen nicht nur auch Männer* betreffen, sondern sie auch verantwortlich dafür sind, etwas dagegen zu unternehmen. Sie fordert dazu auf, Diskriminierungen als „Teile einer größere Gewaltarchitektur“ (S. 77) zu verstehen und fordert, dass Männer* aufhören, auf persönlicher Ebene Verantwortung von sich zu weisen. Vergewaltigungskultur, Patriarchat und die gewaltvolle Realität von Sexismus werden von Penny unverblümt dargestellt und eingebettet in die These, dass Männlichkeit an sich Krise ist, und nicht sich in der Krise befindet. Und dieses krisenhafte Bild moderner Männlichkeit verursacht jetzt schon Schmerzen, also sollte vor einer Veränderung nicht zurück geschreckt werden, nur weil diese auch schmerzhaft sein könnte.

Sex, Liebe und dieses Internet...

Die beiden Kapitel zu Liebe und Sex im Kapitalismus können als gute Einführungstexte in das Thema verstanden werden. Auch wenn Penny wenig Neues aufzeigt, ist es erfreulich, dass sex-positive Bezüge auch zu Kinky Sex (wie BDSM) und die Solidarität mit Sexarbeiter_innen klar formuliert werden und so der sogenannte „Alice-Schwarzer-Feminismus“ eine verbale Abfuhr erhält. Leider bleiben queere Perspektiven hier Leerstellen, die Laurie nicht zu füllen weiß. Zum Teil verkürzt ist auch ihr Bezug auf die „Kolonisierung der Liebe durch das kapitalistische Patriarchat“ (S. 219). Sie verbleibt in einem positiven Bezug auf (romantische) Liebe und sieht darin ein revolutionäres Potenzial, welches der Kapitalismus zerstört. Romantische Liebe wird zur Marke, zu einem unerreichbaren Ideal, welchem vor allen Frauen nachzugehen haben, um ihrem Leben einen Sinn zu geben, so Penny. Liebe wird zu Ware, allerdings unter der Vermittlung, dass wahre Liebe kostenfrei ist, und so auch unbezahlte (Haus-)arbeit gerechtfertigt sei, weil sie „aus Liebe“ geschieht (S. 242). Hierbei hätte Penny noch genauer darauf eingehen können, inwieweit sich die Warenförmigkeit von Liebe als Marke beispielsweise in der Vermarktung romantischer Liebe jenseits von popkulturellen Referenzen wie Filmen zeigt.

Eindrucksvoll sind Pennys Ausführungen zu Cybersexismus, zu Geeks und Nerds und zu Meinungsfreiheit und Überwachung. Sie beschreibt das Internet als einen Raum, in dem Frauen* nicht nur lernten, sich zu vernetzen und diesen Raum nutzbar zu machen, sondern auch als Ort, wo mit der Hoffnung gebrochen wurde, dass Geschlecht im Netz keine Rolle spielen würde. An diesem Ort, an dem Frauen* eine Meinung äußern, ist die Auseinandersetzung mit Trolls tagtäglicher Bestandteil und geht von den Angreifer_innen mit einem Bezug auf „Meinungsfreiheit“ einher – gleichsam mit der Anmerkung, Frauen* würden verbale Angriffe online bis hin zu Vergewaltigungs- und Mordandrohungen herausfordern. Minirock und Meinung – beides, so Penny, Dinge die dazu führen, dass sie die Reaktionen darauf verdienen (S. 197). Das Internet habe ein ernsthaftes Problem mit Redefreiheit, denn Redefreiheit „schließt nicht die Freiheit ein, andere ungestraft zu belästigen und mundtot zu machen“ (S. 199). Das Netz ist ein Raum, welcher viele Stimmen gleichzeitig zulässt, und Informationen, die Frauen* im Internet weiterverbreiten, sollten in ihrer Wichtigkeit anerkannt werden – und nicht von Männern* negiert werden, welche nicht mit „den Mädchen“ spielen wollen, als seien sie sechs Jahre alt. Dabei sind dies häufig dieselben Menschen, die nicht in dem Bewusstsein aufgewachsen sind, dauerhaft beobachtet zu werden, und dementsprechend entsetzt auf Überwachung und Datensicherheit im Internet und offline reagieren. Das Gefühl, dauerhaft beobachtet und überwacht zu werden, ist dabei für Frauen* keine neue Facette des 21. Jahrhunderts, sondern Teil des Sozialisationsprozesses, wie Penny mit Verweis auf die Journalistin Madeleine Ashby klarstellt. Und so sind es auch Frauen*,

die lernen, ihre digitalen Körper wie ihre physischen Körper darzustellen, und diese dazu zu benutzen, beispielsweise das Image von Firmen „sauber“ zu halten – durch die Kontrolle, welche Bilder online gepostet werden, oder welcher Tweet doch besser nicht unter dem eigenen Namen veröffentlicht wird.

Change is necessary

Pennys Texte sind weniger als Wegbeschreibung zur Utopie zu sehen, sondern als Beispiele dafür, wie sehr sexistische Strukturen auf uns alle wirken. Sie sind geprägt von Gefühlen – zornig, witzig, liebevoll und doch kompromisslos in ihrer Darstellung. Die Schwerpunkte ihrer Essays sind dabei greifbar und verständlich, ohne auf einer Analyseebene zu arbeiten, welche zu akademisch geprägt ist. Interessant ist ihr breiter Bezug auf andere Autor_innen – von Klassiker_innen des Feminismus wie Betty Friedan, Donna Haraway und bell hooks zurück zu Theoretiker_innen wie Karl Marx und Emma Goldman. Wer keine Polemik mag, sollte nach anderen Büchern im Regal greifen – aber hiermit liefert Penny eine Sammlung ab, die mensch auch ruhig mal den eigenen Eltern oder den Arbeitskolleg_innen geben kann, um Denkprozesse anzuregen und einen Bezug zu Feminismus zu finden, welcher für alle da ist. Und sich auch mit einem Augenzwinkern selbst reflektiert.

Laurie Penny 2015:

Unsagbare Dinge. Sex, Lügen und Revolution.

Nautilus, Hamburg.

ISBN: 978-3-89401-817-7.

283 Seiten. 16,90 Euro.

Zitathinweis: peps perdu: Kompromisslose Meuterei. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1275>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Das trügerische Manifest der grünen Sozialdemokratie



Naomi Klein
Die Entscheidung
Kapitalismus vs. Klima

Naomi Klein plädiert leidenschaftlich für den Aufbau einer Massenbewegung, die den Klimawandel aufhalten und den Extraktivismus und den neoliberalen Kapitalismus mittels grün-sozialdemokratischer Reformen bekämpfen soll.

Rezensiert von [Christian Stache](#)

Es ist eine erhebliche Reduktion der Nutzung fossiler Brennstoffe weltweit notwendig, wenn das von allen Regierungen anerkannte Ziel erreicht werden soll, die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten. Dabei handelt es sich, wie die kanadische Journalistin und Vordenkerin der Anti-Globalisierungsbewegung, Naomi Klein, festhält, ohnehin um einen „politisch festgesetzten Wert“, „der mehr damit zu tun hat, wirtschaftliche Zusammenbrüche zu vermeiden, als eine möglichst große Zahl Menschen zu schützen“ (S. 22f.).

Dass der Klimawandel *sofort* aufgehalten werden muss, ist der kategorische Imperativ, der im Subtext jeder der 704 Seiten der wortgewaltigen und lesenswerten Streitschrift Naomi Kleins „Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima“ mitschwingt. Er ergibt sich für den neuen Popstar der Bewegung für Klimagerechtigkeit einerseits aus der „Existenzkrise für die menschliche Spezies“ (S. 26), die der Klimawandel darstelle. Andererseits habe „unser jahrzehntelanges kollektives Leugnen (...) alle graduellen, schrittweisen Lösungen unmöglich gemacht“ (S. 34).

Bevor Klein ihre Vorschläge zur Lösung der Klimakrise diskutiert, betreibt sie in ihrem jüngsten Buch, das 2014 im englischen Original und im Frühjahr 2015 in deutscher Übersetzung publiziert wurde, im ersten von insgesamt drei Abschnitten Ursachenforschung. Im Zweiten analysiert sie die bisherigen politisch-ideologischen Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels, die von Fraktionen der herrschenden Klasse verfolgt werden. Im dritten Abschnitt bestimmt die Autorin schließlich die Subjekte des sozialökologischen „Wandels“ (S. 559) und deren politische Forderungen.

Das Problem: Klima vs. Extraktivismus?

In der Sache ist der Titel der dritten international erfolgreichen Publikation Naomi Kleins nach „No Logo!“ (2000) und „Die Schock-Strategie“ (2007) richtig. „Unser Wirtschaftssystem und unser Planetensystem befinden sich miteinander im Krieg“ (S. 33), und der Klimawandel ist ein „Kampf zwischen dem Kapitalismus und der Erde“ (S. 35). Aber der Titel spiegelt Kleins Argumentation nicht präzise wider. Denn sie macht nicht die kapitalistische Produktionsweise für den Klimawandel verantwortlich, sondern den „Extraktivismus“.

Dabei handele es sich um „eine einseitige, herrschaftsbasierte Beziehung zur Erde, bei der es nur ums Nehmen geht“ (S. 209f.). Diese Beziehung sei verbunden mit einer „Mentalität, die viele Menschen, unsere Vorfahren ebenso wie uns Heutige, glauben ließ, wir dürften so gewaltsam mit der Erde umgehen“ (S. 209), wie es zum Beispiel im Bergbau oder bei der Erdölförderung geschieht. Diese Sorglosigkeit stehe im Kern des extraktivistischen Wirtschaftsmodells. Sie komme

in den dem Kapitalismus „zugrunde liegenden Narrativen von endlosem Wachstum und Fortschritt“ (S. 211) zum Ausdruck.

Der „Schutzheilige“ der „modernen Extraktionswirtschaft“ sei der englische Philosoph, Wissenschaftler und Staatsmann Francis Bacon, der die „Vorstellung einer vollkommen erfassbaren und kontrollierbaren Erde“ (ebd.) im 17. Jahrhundert zur vorherrschenden Ideologie gemacht habe. Bis heute sei sein „ursprüngliches, biblisch inspiriertes Denkgerüst (...) weitgehend unangetastet“ (ebd.) geblieben: die Vorstellung, Menschen hätten das Recht, „sich über das uns tragende Ökosystem zu stellen und die Erde zu malträtieren, als wäre sie eine seelenlose Maschine“ (ebd.). Auf dieser Form des „Materialismus“ gründe der moderne Kapitalismus.

Dieser Extraktivismus habe die Industrialisierung des Kapitalismus und den Kolonialismus forciert, die moderne Welt geschaffen und zur „weitreichendsten Krise“ (S. 551) geführt, die wir heute kennen: zum Klimawandel.

Dass aus dem Klimawandel eine Klimakrise geworden ist, liege laut Naomi Klein an „unserem Wirtschaftsmodell (dereguliertem Kapitalismus kombiniert mit Sparzwang für öffentliche Haushalte)“ (S. 84) und an der „Ideologie des Marktfundamentalismus“ (S. 81). Denn „vor Beginn der neoliberalen Ära“ habe sich angeblich „das Emissionswachstum verlangsamt“ (S. 103f.). Aber drei historische Entwicklungen hätten zu einem „Hyperwachstum der Emissionen“ (S. 105) geführt: 1. die Implementierung der „drei politischen Säulen“ (S. 95) der „marktliberalen Konterrevolution“ (S. 157) (gemeint sind Privatisierung, Deregulierung und Steuersenkungen für die Unternehmen bei gleichzeitigen Kürzungen der öffentlichen Haushalte); 2. die Internationalisierung der kapitalistischen Produktion und Zirkulation nach 1989/90 durch Freihandelsabkommen und der WTO zugunsten der Konzerne; und 3. das gleichzeitige Scheitern diverser Klimaschutzverhandlungen.

„Die Wahrheit“ sei also, „dass der derzeitige, superglobalisierte Kapitalismus die Klimakrise zwar verschärft, aber nicht verursacht hat.“ (S. 198) Der Klimawandel ist, folgt man Naomi Klein, vielmehr ein Problem der politisch-ideologischen Herrschaft des Extraktivismus.

Die Zauberlehrlinge: Öko-NGOs, grüne Milliardäre und die Wettermacher

Die politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten stellen allerdings die Macht der Konzerne wie ExxonMobil, Shell, BP Chevron und so weiter nicht in Frage, die am meisten vom Geschäft mit den fossilen Energieträgern und dem Vabanquespiel mit dem Klima profitieren. Sie setzen auf andere strategische Projekte im Umgang mit dem Klimawandel. Diesen Ausgeburten des „magischen Denkens“ (S. 231), das Lösung der Klimakrise und den Kapitalismus miteinander versöhnen will, widmet sich Naomi Klein im zweiten Abschnitt ihres Buchs.

Große Naturschutzorganisationen, wie zum Beispiel Nature Conservancy oder der WWF, kämpfen „gar nicht gegen die Unternehmen und deren Interessen – sie haben sich mit ihnen vereinigt“ (S. 238). „Big Business und große Umweltschutzorganisationen“ (S. 233) unterhalten eine Art sozialökologischer Partnerschaft. Konzerne und ihnen nahestehende Stiftungen spenden den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Geld, entsenden VertreterInnen in NGO-Beiräte und gewähren den NGO-VertreterInnen Zugang zu elitären Zirkeln der Macht. Im Gegenzug forcierten diese „regelmäßig und in aggressiver Weise Methoden der Krisenbewältigung, die den größten Treibhausgasverursachern des Planeten die geringste Last auferlegen und ihnen in vielen Fällen sogar nutzen“ (S. 242), zum Beispiel indem sie Erdgas oder Atomenergie als Teil der Lösung der Klimakrise rehabilitieren. Nach der „konzernfreundlichen Wende großer Teile der Umweltbewegung“ (S. 252) in den 1980er Jahren suchten beiden Seiten, Konzerne und Umweltschutz-NGOs, in den folgenden „Jahrzehnten grüner Kumpellei“ (S. 405) eine „Harmonisierung ökonomischer Interessen“ (S. 256). Der Klimawandel werde „ausschließlich als

technisches Problem dargestellt, mit einem unerschöpflichen Potential gewinnträchtiger Lösungen innerhalb der Marktwirtschaft“ (S. 256).

Aus den Kreisen der Gewinner des fossilistischen Kapitalismus kommt ein anderer perfider Vorschlag zur Reduktion von CO₂-Emissionen: Öko-Charity. Naomi Klein zeigt anhand der Geschichte des Eigentümers einer der größten Flugzeugflotten der Welt, Virgin-Group-Gründer Richard Branson, dass es sich bei dem Konzept um phänomenalen Betrug handelt. Er dient dazu, gesetzliche Regelungen durch freiwillige Selbstverpflichtungen und Vertrauen in das ökologische Gewissen der „grünen Milliardäre“ (S. 281) abzuwenden.

Schließlich kritisiert Klein in einer Reportage über eine Tagung der Royal Society, der bekannten Akademie der Wissenschaften Großbritanniens, die Fixierung der Wissenschaften und ihrer Geldgeber auf eine technologische Antwort auf den Klimawandel. Anstatt „die grundlegende Ursache des Klimawandels zu beseitigen“, werde „nur das offenkundige Symptom behandelt: höhere Temperaturen“ (S. 316). Und zwar indem man durch sogenanntes Geo-Engineering das Klima manipuliert. Dass Eingriffe in die Natur von dieser Tiefe und diesem Umfang zu neuen Klimaproblemen führen, liegt auf der Hand.

„Blockadia“ und ein „Marshallplan für die Erde“

Wenn Umwelt-NGOs gemeinsame Sache mit den Energiekonzernen machen, Unternehmen in Kenntnis der wissenschaftlichen Fakten an der Förderung und Verbrennung fossiler Rohstoffe festhalten und wenn hoch dekorierte WissenschaftlerInnen es vorziehen, am Wetter herumzuschrauben, statt die politisch-ökonomischen Ursachen des Klimawandels zu untersuchen – wer sind dann die Träger des „Aufbruchs in die neue Zeit“ (S. 353)?

Naomi Kleins Antwort: eine „konstruktive“ (S. 487), „weltweite“ (S. 389) und „mächtige Massenbewegung“ (S. 17), die ein „globales Basisnetzwerk auf breiter Grundlage“ (S. 358) unterhält und in der die „Führung von unten kommt“ (S. 559). Klein übernimmt von der nordamerikanischen Aktionskampagne „Tar Sands Blockade“ für diese Bewegung den Namen „Blockadia“ (S. 355). Er bezieht sich auf die zahlreichen Blockaden und Proteste auf dem gesamten Erdball gegen neue Bergwerke, Transportstrecken und Verladehäfen von fossilen Energieträgern. Die Speerspitze Blockadias bildeten indigene Volksgruppen. Sie lebten nicht nur häufig in den Gebieten, in denen Gas-, Öl- und Kohle-Konzerne agieren. Nicht selten hätten sie auch juristisch einklagbare Ansprüche auf die umstrittenen Territorien und schließlich verfügten sie über „Modelle für eine nicht-extraktive Lebensweise“ (S. 488).

Kernprojekt Blockadias soll ein „Marshallplan für die Erde“ (S. 550) sein, um „die unvollendete Aufgabe der stärksten Befreiungsbewegungen in den letzten zweihundert Jahren“ (ebd.) zu Ende zu bringen: „eine profunde und radikale *wirtschaftliche* Transformation“ (S. 544, Herv. i.O.). Diese müsse eine Machtverschiebung von den großen Konzernen zu den Gemeinschaften bewirken und ein „weitaus gerechteres Wirtschaftssystem als das gegenwärtige“ (S. 20) hervorbringen. Gelingen soll dies einerseits durch „ein gewisses Maß“ (S. 159) „langfristiger Wirtschaftsplanung“ (S. 165) des Staates und andererseits durch die Demokratisierung der Energieproduktion und -versorgung.

Der Staat müsse bestimmte Formen der Energiegewinnung verbieten, die Rohstoffkonzerne nach dem „Verursacherprinzip“ (S. 139) besteuern, um Investitionen in erneuerbare Energien tätigen zu können, und den Markt für „grüne“ Energien regulieren. Ferner befürwortet Klein ein „dezentrales Eigentumsmodell“ (S. 156), durch das „eine ganz neue Art von Versorgungsbetrieben“ entstünde, die „durch die Kommunen, die sie nutzen, als Genossenschaften oder 'Allmende“, „demokratisch betrieben“ (S. 164) würden.

Neben der unmittelbar politischen Auseinandersetzung sollen die versammelten Kräfte Blockadias „eine andere Weltsicht in Konkurrenz zu jener“ vorstellen, „die Hauptverursacher der ökologischen

Krise ist“ (S. 554), um „mit der extraktivistischen Mentalität“ (S. 536) zu brechen und einen „grundlegenden Ideologiewechsel“ (S. 130) durchzusetzen.

Letztlich müsse Blockadia mit seinem grünen Marshallplan auf „eine tiefgreifende Verschiebung der *Machtverhältnisse* zwischen den Menschen und der natürlichen Welt“ (S. 473f., Herv. i.O.) hinarbeiten.

Falsche Hoffnung

Naomi Kleins Strategieentwurf steht und fällt mit ihrer Analyse der Ursachen des Klimawandels. Zu Recht kritisiert sie die kapitalistische Produktionsweise scharf, begnügt sich aber mit der Denunziation ihrer neoliberalen Variante. Sie rügt „marktorientierte Programme“ (S. 242) zur Lösung der ökologischen Krise, will aber den Markt nur besser regulieren und für den ökologischen Umbau nutzen. Sie stellt dem bürgerlichen Staat und der politischen Klasse ein vernichtendes Urteil über ihre Unfähigkeit aus, den sozialen und ökologischen Problemen angemessen zu begegnen und den Konzernen ihre Macht zu rauben, rät aber zu mehr staatlicher Planung und gesetzlichen Anordnungen. Sie denunziert mit viel Verve, dass letztlich immer der Imperativ privater Betriebe, Kapital zu generieren, „über den Klima-Imperativ gesiegt“ (S. 307) habe. Trotzdem will sie das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht antasten. Schließlich macht sie politische Projekte und Ideologien für den Klimawandel verantwortlich, obwohl der Extraktivismus ein Kind des Kapitalismus ist. Die Falle, in die man durch die begeisternde Lektüre von Naomi Kleins Manifests tappen kann, ist, zu hoffen, dass eine grüne Sozialdemokratie es schon irgendwie richten kann. Das kann sie nicht.

Naomi Klein 2015:

Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima.

Fischer, Frankfurt /M..

ISBN: 978-3-10-002231-8.

698 Seiten. 26,99 Euro.

Zitathinweis: Christian Stache: Das trügerische Manifest der grünen Sozialdemokratie. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1274>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Krieg in Syrien – Frieden in Syrien?



Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann (Hg.)

Syrien

Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

Der Sammelband zum Syrienkrieg beleuchtet die unterschiedlichen Seiten und Hintergründe des Konflikts. Ein besonderes Augenmerk wird auf die demokratische und friedliche Opposition sowie die Möglichkeit des Friedens in Syrien gelegt.

Rezensiert von [Alp Kayserilioğlu](#)

Der Bürgerkrieg in Syrien mit seinen internationalen Hintergründen und Folgen ist ein Konflikt, in dem eine Parteinahme aus linker Perspektive – so die Herausgeber*innen des vorliegenden Bandes – weder für die Regierung noch für die Aufständischen möglich ist. Beide Seiten seien gleichermaßen abzulehnen; anzustreben sei die Unterstützung einer dritten, medial nicht im Vordergrund stehenden Kraft, die allgemein als „Friedensbewegung“ (S. 112) bezeichnet wird. Diese sei die einzige Kraft, die eine demokratische Umstrukturierung Syriens anvisiere, ohne das Land in die Tiefen der Konfessionalisierung, des Bürgerkriegs oder des Autoritarismus ziehen zu wollen. Eine Grundlage für eine solche Unterstützung könnten der Sechs-Punkte-Plan des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan vom 12. April 2012 und das Genfer Kommuniqué vom 30. Juni 2012 sein: beide international abgesegneten Dokumente optieren für einen deeskalierenden, die Souveränität Syriens respektierenden und alle Konfliktparteien inkludierenden politischen Prozess zur Beendigung des militärischen Konflikts und des Übergangs in eine neue, friedliche Zukunft. Beide Dokumente sind im Anhang des Buches angefügt. Kombiniert werden diese im Buch mit weitergehenden Forderungen der Partei DIE LINKE nach Waffenlieferungsverboten, der unmissverständlichen Ablehnung einer möglichen Resolution des UN-Sicherheitsrates nach Kapitel VII der UN-Charta (welche eingreifende Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen festlegt) und dezidierten Hilfen für syrische Flüchtlinge.

Das Buch ist in vier Abschnitte unterteilt. Der erste und längste liefert Fakten und Hintergründe; im zweiten Teil kommen Vertreter*innen der demokratischen Opposition zu Wort – zumeist sind dies Personen, die im Nationalen Koordinationsbüro für den demokratischen Wandel (NCB) aktiv sind. Der dritte Abschnitt gibt einen Überblick über die wichtigsten Parteien und Gruppierungen in Syrien, der vierte Teil indes versammelt Dokumente zu internationalen Versuchen, eine Lösung des Konflikts zu finden.

Imperialismus und wirtschaftliche Umbrüche

Eine exzellente Einführung in die turbulente Geschichte der hierzulande *Naher Osten* genannten Region gelingt Harri Grünberg. Die neuere Geschichte des Nahen Ostens entwickelt sich wesentlich vor dem Hintergrund der Interessen und Interventionen imperialistischer Mächte (der Begriff *Middle East* wurde nicht umsonst vom amerikanischen Seestrategen Alfred Mahan popularisiert): So werden beispielsweise die arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen im 1. Weltkrieg für die Interessen der Briten und Franzosen instrumentalisiert. Spätestens das Sykes-Picot-Abkommen aus dem Jahre 1916 begräbt die Hoffnung der arabischen Bevölkerung auf Unabhängigkeit und legt die Grundlagen für die bis heute andauernden Konflikte im arabischen Raum. Grünberg zeichnet

das Aufkommen des antikolonialen arabischen Republikanismus mit dem ägyptischen Staatsmann Gamal Abdel Nasser als Leitfigur vor dem Hintergrund der Bandung-Konferenz von 1955 nach. Eine Reihe antiimperialistischer Machtübernahmen mit weitreichenden Sozialreformen und -programmen finden im Anschluss an Nassers Machtübernahme 1954 im arabischen Raum statt. Syrien, Gründungsort der 1947 von den italienischen Republikanern Mazzini und Garibaldi inspirierten Baath-Partei, wird nach deren Machtübernahme rund fünfzehn Jahre später zusammen mit Ägypten zum „Zentrum des republikanischen Panarabismus“ (S. 14). Aber die Hoffnungen auf eine Vereinigte Arabische Republik verlaufen im Sand, Nassers Ende ist mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 besiegelt. Nun wird Ägypten unter Anwar el-Sadat Anführer eines korrupten Wirtschafts„liberalismus“, der sich schleichend auch in den anderen – sich lange Zeit als „sozialistisch“ verstehenden – arabischen Republiken durchsetzen wird, in Syrien am offensichtlichsten unter Baschaar Hafiz al-Assad im Jahre 2005. Leider wird weder von Grünberg, noch von Karin Leukefeld in ihrem Artikel oder den Herausgeber*innen selbst hinreichend theoretisiert, *warum* die arabisch-republikanischen Bemühungen versandeten, ja gar ins Gegenteil des anvisierten „Sozialismus“ mündeten.

Leukefeld (S. 28f.) und die Herausgeber*innen heben indes die Wirtschaftsliberalisierung und die sich abrupt verschlechternde soziale Lage der Bevölkerung unter Assad hervor und sind der Meinung, dass der syrische Aufstand als innersyrisches Aufbegehren gegen politische und ökonomische Unzumutbarkeiten beginnt (S. 26). Sie sind sich allerdings dessen bewusst, dass der Konflikt schon längst internationalen Charakter angenommen hat und von äußeren Mächten zur Durchsetzung ihrer Interessen weitgehend instrumentalisiert wird.

Die Rolle des Islam

Eine prominente Rolle wird hierbei dem so genannten politischen Islam eingeräumt. Es herrscht weitgehende Übereinstimmung mit der These Grünbergs, dass der politische Islam „Produkt [...] der gescheiterten Modernisierungsversuche der arabischen Gesellschaften“ (S. 22) sei. Mamdouh Habashi (S. 35ff.) beschreibt, wie die alten Eliten mit seiner Hilfe ein Bündnis mit Monarchie und britischer Kolonialmacht eingingen und sich im Gegenzug eigenes Finanzkapital zu schaffen vermochten. Die Autor*innen machen deutlich, wie der politische Islam bei der verarmten Bevölkerung das Vakuum ausfüllte, das durch die Niederlage des arabischen Republikanismus und des darauf folgenden Abbaus sozialstaatlicher Errungenschaften entstand. Besonders empfehlenswert in dieser Hinsicht ist Arne Seiferts Darstellung der „unholy marriage“ zwischen Imperialismus und politischem Islam, eingeteilt in die Phasen der 1970er, 1980er sowie 1990er Jahre bis heute (S. 46ff.). Allerdings herrscht, vor allem bei Habashi, ein einseitiger Bezug auf den „westlichen Modernisierungsprozess“ als Leitbild vor – Entwicklungen, wie beispielsweise die Herausbildung der Antikapitalistischen Moslems in der Türkei, die dezidiert demokratisch und sozialistisch ausgerichtet sind und versuchen, ihre Haltung aus dem Koran zu begründen, werden nicht zur Kenntnis genommen.

Untersuchungen zum gespannten Verhältnis von Israel zu Syrien, der Türkei als aufsteigendem Akteur im Nahostgebiet sowie der Politik der BRD im Syrienkonflikt runden das Buch ab. Insgesamt hat man den Eindruck, dass die meisten wichtigen Hintergrundthemen angeschnitten werden, kaum eins davon aber wirklich ausgeführt wird. Auch Darstellungen des Verlaufs des Syrienkonflikts und der sich jeweils ändernden politischen und militärischen Lage finden sich – sieht man vom Beitrag von Johanna Bussemer ab – kaum. Letztlich ist der Begriff des Friedens, den die Herausgeber*innen nutzen und den sie in Syrien verwirklicht sehen wollen, auf problematische Art und Weise unbestimmt. Freilich kann kein Linker ernsthaft die Fortsetzung des Blutvergießens in Syrien (oder sonstwo) wollen. Gerade die „Verdammten dieser Erde“ sind es, die zumeist das Kanonenfutter und die Opfer dieser Auseinandersetzungen bilden. Es wäre aber illusionär anzunehmen, die Verwirklichung von Frieden als der systematischen Abwesenheit gewalttätiger Konflikte scheitere nur am Mangel politischen Willens. Im kapitalistischen Weltsystem, insbesondere unter Bedingungen sich wieder verschärfender imperialistischer

Konkurrenz, ist Frieden immer nur das Resultat eines Kräftegleichgewichts von miteinander bis aufs Blut Konkurrierenden und somit temporär. Der „ewige Frieden“ wird nur möglich dort, wo die, die im ewigen Kampf der Herrscher zermalmt werden, sich dieser Herrscher ein für alle Mal entledigen.

Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann (Hg.) 2013:

Syrien. Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert.

PapyRossa, Köln.

ISBN: 978-3-89438-521-7.

187 Seiten. 9,90 Euro.

Zitathinweis: Alp Kayserlioğlu: Krieg in Syrien – Frieden in Syrien? Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1280>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Im Zweifel für den Zweifel



AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hg.)

History is unwritten

Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft

Ein Kreis linker Historiker_innen und politischer Aktivist_innen diskutiert über den Stellenwert von Geschichte.

Rezensiert von [Peter Nowak](#)

Loukanikos hieß der Straßenhund, der während der Zeit der griechischen Massenproteste in den Jahren 2012 und 2013 auf vielen Fotos zu sehen war. Der Hund schrieb Geschichte, und sein Tod im letzten Jahr war der *Süddeutschen Zeitung* sogar einen eigenen Artikel wert. Doch das Tier schrieb auch auf eine ganz besondere Weise Geschichte. Nach ihm benannte sich eine Gruppe von fünf Historiker_innen, die in den letzten Jahren Diskussionen über den linken Umgang mit Geschichte vorangetrieben haben. Das AutorInnenkollektiv Loukanikos, bestehend aus Henning Fischer, Uwe Fuhrmann, Jana König, Elisabeth Steffen und Till Sträter, gab 2012 den Sammelband „Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythen und Geschichte für die Gegenwart der Nation“ heraus (siehe Rezension in [kritisch-lesen.de #26](#)). Daran schloss sich eine längere Diskussion über den Stellenwert der Geschichte für eine emanzipative Politik an, die 2012 und 2013 in der Monatszeitung *analyse und kritik (ak)* geführt wurde. Die ak-Redaktion hat eine Sonderbeilage mit den Debattenbeiträgen herausgegeben, die mittlerweile vergriffen ist.

Der Gegenstand der Debatte verschob sich mittlerweile. Über die Kritik an den Geschichtsmysmen von Staat und herrschender Politik gibt es in den unterschiedlichen Fraktionen der Linken grundsätzliche Differenzen. Bei der Frage, ob nicht auch alle linken Geschichtsmysmen dekonstruiert werden müssten, bietet sich entsprechend reichlich Zündstoff. „Was macht die Linke mit Geschichte?“ lautete denn auch die Fragestellung einer Konferenz, die das AK Loukanikos im Dezember 2013 in Berlin organisierte. Eingeladen waren neben Historiker_innen und Soziolog_innen auch politische Aktivist_innen.

Unter dem Titel „History is unwritten“ hat das AK Loukanikos kürzlich im Verlag edition assemblage ein Buch herausgegeben, das mehr ist als der erweiterte Konferenzbericht. Die 25 dort veröffentlichten Aufsätze geben einen guten Überblick über den Stand der linken Geschichtsdebatte in Deutschland.

Einige der Aufsätze befassen sich mit einem Teilbereich linker Geschichte. So widmet sich der Gewerkschaftshistoriker Wolfgang Uellenberg-van Dawen der Geschichte der Deutschen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg. Dabei zeigt er auf, wie die Politik des Burgfriedens die Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit einleitete, die auch nach 1918 fortgeführt wurde. Hierin liegt auch die massive Ablehnung der Rätestrukturen durch die Gewerkschaften begründet, die sich während der Novemberrevolution gebildet hatten. Unverständlich bleibt, warum „die harten Bedingungen und die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrags die Politik der Landesverteidigung im Nachhinein [...] rechtfertigen“ (S. 87). Unabhängig von der unter Historiker_innen strittigen Frage, ob der Versailler Vertrag besonders harte Bedingungen enthielt, müssten hier entschiedene Kriegsgegner_innen argumentieren, dass es ohne den maßgeblich von Deutschland entfachten Weltkrieg keinen Versailler Vertrag gegeben hätte. Doch solche

Detailfragen ließen sich im Kontext der Konferenz nicht klären.

Brauche ich die Vergangenheit, um eine linke Politik zu begründen?

Der Beitrag von Susanne Götze zur Bedeutung des marxistischen Philosophen Henri Lefebvre und Dominik Nagels Aufsatz über den britischen Historiker Edward P. Thompson widmen sich zwei linken Wissenschaftlern, die sich der Erneuerung der marxistischen Theorie verschrieben haben. Neben den Beiträgen, die sich einer Person oder einem bestimmten Teilbereich in der linken Geschichte widmen, stellen andere Artikel die Frage, ob die Linke eigene Mythen braucht. Dazu gehört auch die Maxime, „wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen“, die in linken Kreisen häufig verwendet wird. Der Publizist Bernd Engelmann gebrauchte den Satz gleich mehrmals in seinen in den 1970er Jahren populären Anti-Geschichts-Büchern. Vor allem an die Geschichte von Gewalt und Krieg sollte erinnert werden, um sie für die Zukunft auszuschließen.

Wenn irgendwo auf der Welt wieder massive Menschenrechtsverletzungen bekannt werden, lautet ein Vorwurf, man habe aus der Geschichte nichts gelernt. Die Historikerin Cornelia Siebeck unterzieht das gesamte Konzept vom Lernen aus der Geschichte in ihrem „Plädoyer für eine post-apodiktische Geschichtspolitik“ (S. 373) einer scharfen Kritik. Dabei beruft sie sich auf postmoderne Theoretiker_innen wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Für sie gibt es keine letzte Schlacht, die „wir“ gewinnen und auch keine „Enkel“, die es besser ausfechten, womit sich viele Linke nach einer politischen Niederlage trösten. Siebeck kritisiert ein linkes Geschichtsmodell, das die Vergangenheit heranzieht, um Lehren für die Zukunft zu ziehen. „Was emanzipatorische Zukunftspolitik ganz sicher nicht braucht, ist die *eine* historische Erzählung, um ihre Anliegen zu begründen“ (S. 370). Für Siebeck sind deshalb auch alle Denkmäler fragwürdig, mögen sie auch einem noch so guten Zweck dienen, beispielsweise der Beschwörung einer Welt ohne Krieg und Faschismus. Sinnbild eines in ihrem Sinne positiven Denkmals ist ein leerer Sockel.

Dieser totalen Geschichtsdekonstruktion widersprechen andere Autor_innen aus unterschiedlichen Gründen. So plädiert der Historiker Ralf Hoffrogge in seinen „Fünf Thesen zum Kampf um die Geschichte“ (S. 114) dafür, „die sozialistische Bewegung als Tradition künftig anzunehmen“ (S. 115) und auch in der Kritik an den gescheiterten linken Bewegungen bescheidener zu sein. „Auch wir werden im politischen Leben Fehler machen und unseren Ansprüchen nicht gerecht werden, das Richtige Leben im Falschen nicht erreichen, und die Abschaffung des ganzen Falschen wohl auch nicht“ (S. 119). Für Hoffrogge ist diese kritische Ergänzung allerdings kein Anlass für Resignation. Daher beendet er seinen Aufsatz auch mit der alten linken Parole „Vorwärts und nicht vergessen“.

Fragend schreitend im Kreise?

Die schärfste Kritik an Siebecks postmoderner Geschichtsdekonstruktion liefert der Historiker Max Lill. „Viele Intellektuelle der radikalen Linken laben sich – inzwischen buchstäblich seit Jahrzehnten – am Misstrauen gegenüber jedem Versuch, größere Zusammenhänge herzustellen. Fragend schreiten sie im Kreis“ (S. 327). Lill wendet sich mit Verweis auf die Geschichte der US-Bürgerrechtsbewegung gegen ein Mythenverbot in der linken Geschichtswissenschaft.

„Die vor neuen Impulsen vibrierenden Gegenkulturen waren auch, besonders zu Beginn, auf paradoxe Weise geprägt von einem tiefen Gefühl der Nostalgie und der Identifikation mit ihren sozial und historisch scheinbar fern liegenden Akteur_innen. Die eigenen, anfangs in noch romantisch gefärbter Innerlichkeit gärenden Entfremdungserfahrungen und Sehnsüchte wurden auf die alte Arbeiterbewegung oder die antifaschistischen und anti-kolonialen Kämpfe projiziert. Sie artikulieren sich mitunter sogar in einer Adaption der Sprache der christlichen Befreiungstheologie, wie sie für die Bürgerrechtsbewegung prägend war. Alle möglichen sozialen Randexistenzen rücken in den Mittelpunkt der herauf quellenden Phantasien einer durch Bildungsexpansion sozial aufsteigenden Jugend: eine Entgrenzung der Empathie- und Einbildungskraft“ (S. 330).

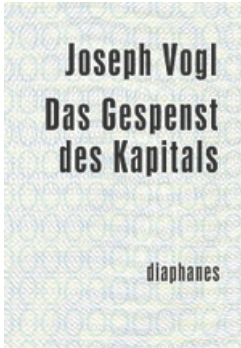
Was Lill hier anspricht, betrifft viele emanzipatorische Bewegungen überall auf der Welt. So bezogen sich feministische Kämpfe auf Frauen, die in ihrer Zeit als Hexen verfolgt wurden. Regionale ökologische Initiativen in Bayern benannten sich nach der Buntschuhbewegung des Spätmittelalters, um gegen eine Mercedes-Teststrecke zu protestieren. Natürlich ist der Hinweis richtig, dass bei solchen Bezugnahmen über die Jahrhunderte hinweg immer Projektionen und Konstruktionen im Spiel sind. Es gab in der Zeit der Buntschuhbewegung keine Autos, und daher ist es müßig, darüber nachzudenken, ob und wie sich die Bewegung zur Mercedes-Teststrecke positioniert hätte. Das ist aber auch den Aktivist_innen bewusst. Es ging den Aktivist_innen aber um ein widerständiges Verhalten gegenüber der jeweiligen Obrigkeit und Respekt vor Menschen, die in der Vergangenheit mit Verfolgung bis zum Tod konfrontiert waren. Daraus kann selbstverständlich auch eine problematische Überidentifikation werden. Das kann man an der Geschichte der jüngeren Frauenbewegung beobachten. Der Respekt vor den als Hexen verfolgten Frauen endete in manchen feministischen Kreisen damit, dass man einen Hexenkult etablierte, der durchaus religiöse Formen annehmen konnte. In dem Film „Die Ritterinnen“ schilderte die Regisseurin Barbara Teufel diese Entwicklung exemplarisch anhand der Entwicklung einer feministischen Wohngemeinschaft in Berlin-Kreuzberg der späten 1980er Jahre.

So werden im Buch „History is unwritten“ tatsächlich für eine emanzipative Theorie und Praxis wichtige Fragen gestellt. Es bleibt zu hoffen, dass die Debatte auch mit den politischen Aktivist_innen fortgesetzt wird, die trotz guter Vorsätze auf der Konferenz nur sehr begrenzt möglich war. Erfreulicherweise wird dieser Kritikpunkt im Buch an mehreren Stellen klar benannt. „Für einen Austausch, bei dem alle einbezogen werden sollen, waren die Vorträge nicht geeignet“ (S. 172), kritisiert Chris Rotmund von der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark den akademischen Diskussionsstil auf der Konferenz. Mit dem Buch sind aber die Grundlagen für eine Debatte gelegt, die aus diesen Fehlern lernt. Dem dürften selbst die Autor_innen zustimmen, die die Geschichte nicht als Lernanstalt betrachten.

AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hg.) 2015:
History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft.
Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-942885-77-5.
400 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Peter Nowak: Im Zweifel für den Zweifel. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1284>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Mit poststrukturalistischem Literaturwissenschaftler auf Gespensterjagd



Joseph Vogl
Das Gespenst des Kapitals

In seiner akribisch recherchierten Studie entlarvt der Autor Theorie und Praxis des Finanzkapitalismus als Spuk.

Rezensiert von [Stefan Schmied](#)

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.“ So beginnt das von Karl Marx und Friedrich Engels 1848 verfasste „Manifest der Kommunistischen Partei“. Die Figur des Gespenstes wird hier bemüht als Metapher für etwas, das den Leuten das Fürchten lehrt. Fürchten sollten sich Fabrikherren, Großgrundbesitzer, wie überhaupt alle an der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft Interessierten. Denn die „Proletarier aller Länder“ werden im letzten Satz des Manifestes aufgefordert, sich zu vereinigen, um durch ihren Sieg die Klassenherrschaft zu beseitigen. Das „Gespenst des Kommunismus“ ist solchermaßen auch ein Wanderer zwischen zwei Welten. Wie die Geister nicht zur Ruhe kommender Verstorbener zwischen der Welt der Lebenden und jener der Toten wandeln, so führt dieses einem Zombie gleich ein Dasein zwischen Vergangenheit und Zukunft, Kapitalismus und Kommunismus, „Naturgeschichte“ oder menschlicher „Vorgeschichte“ (Marx) und einer Zeit, in der die Menschen anfangen, ihre Geschichte selbst zu machen.

Mit seinem Buch „Das Gespenst des Kapitals“ hat sich Joseph Vogl aufgemacht, die Gespenster im Widersacher der „Proletarier aller Länder“, dem Kapital, auszumachen. Gegliedert ist der Essay in sechs Kapitel. Das einleitende erste Kapitel zeigt mit Bezügen aus Don De Lillos Roman *Cosmopolis* die Machtlosigkeit und Ausgeliefertheit finanzwirtschaftlicher Akteure gegenüber dem Hereinbrechen unkalkulierbarer Ereignisse im Kapitalismus unserer Tage auf. Es ist im Zuge der Nacherzählung des Romans die Rede vom „Verlöschen der Gebrauchswerte“ (S. 11) oder dem „Angriff der Zukunft auf die übrige Zeit“ (S. 12) und damit bereits auf Topoi verwiesen, die später in den zentralen Teilen des Essay wiederkehren.

Ausgehend von der anhand des Romans für den Kapitalismus als eigentümlich aufgezeigten Chaoshaftigkeit werden die unbefriedigenden Antwortversuche der Wirtschaftswissenschaften auf die jüngste Krise vorgestellt, denen zufolge diese nur aufgrund des inkompetenten Verhaltens einzelner Akteure möglich war. Der (Finanz-)Markt als solcher wird quasi-religiös als in sich selbst vernünftiges und ausgleichendes System vorgestellt, welchem man in Form von prognostizierbaren Kursverläufen seinen eigenen Takt ablauschen könne.

Einer der bekanntesten Antwortversuche auf das Dilemma der Theodizee, also der Frage, wie ein als gut und allmächtig vorgestellter Gott gleichzeitig das Leiden zulassen könne, ist jener von Gotthold Wilhelm Leibniz. Er 'löste' dieses Dilemma mit der These, dass der Plan der 'Schöpfung' das Gute auf der Welt nur zum Preis von leider notwendig auch Schlechtem ermögliche. Um den

analogen wirtschaftswissenschaftlichen Glauben einer solcherart prästabilierten Harmonie auf den Begriff zu bringen, wird in Anlehnung an Leibniz der Neologismus einer „Oikodizee“ geprägt. Ausgehend von diesem Begriff wird die Geschichte der politischen Ökonomie als „die Geschichte dieser Hoffungsfigur“ (S. 31) vorgestellt. Beispielhaft dafür steht Adam Smith` Lehre, dass der Einzelne umso größeren Nutzen für die Gemeinschaft erziele, je egoistischer er handle. Hinter dem Verfolgen individueller Interessen setzten sich im Zusammenspiel mit anderen - vermittelt durch den Markt - die „unsichtbaren Hände“ einer systemimmanenten Vernunft durch.

Verzeitlichung des kapitalistischen Systems

Mit dieser unterstellten Homologie von Markt- und Naturgesetzen verbunden, ist das Vertrauen auf das „homöostatische Vermögen“ des Systems, also die Fähigkeit des Marktes sich ähnlich eines Ökosystems selbst zu erhalten. Erschüttert werde dieser Glaube durch „die Beobachtung des Umlaufs von Schulden, Kredit und Kapital“ (S. 62), welche die Annahme einer ausgleichenden Marktdynamik gefährdete. Eine „Urszene des Kapitals“, wo also „mit der Auslösung von Schuldzyklen Kapitalschöpfung betrieben wird“ (S. 83), sieht Vogl im Ende des „Abkommens von Bretton Woods“ Anfang der 1970er Jahre. Bis dahin war versucht worden, die Gefahr von Krisen durch die Koppelung des amerikanischen Dollars an den sogenannten Goldstandard und aller anderen Währungen an diesen, einzudämmen. Dies änderte sich mit dem Ende des Abkommens und dem neuen Kredo wirtschaftswissenschaftlicher Theorie und Praxis, durch weitgehende Deregulierung das internationale Währungssystem sich selbst ausgleichen zu lassen. Gleichzeitig wurde die Vorstellung maßgebend durch den permanenten Verkauf risikobehafteter Wertpapiere in eine endlos verlängerte Zukunft die Gegenwart abzusichern.

Ende der Oikodizee

Schließlich wird mit der wirtschaftswissenschaftlichen Annahme aufgeräumt, die kapitalistische Ökonomie vollziehe sich mit der Finanzialisierung des gesellschaftlichen Lebens sowie der Dominanz des Finanzmarktes als damit erst wirklich zu sich selbst gekommenes System ausgleichender Gerechtigkeit. Vielmehr hätten wir es mit einem „Ende der Okodizee“ zu tun, indem die „Haltbarkeit dieser Legenden“ (S. 175) mehr und mehr zu bröckeln beginne und die Werte, die den Markt bestimmen sollten, letztlich nichts weiter als „Wertgespenster“ (S. 157) seien.

Es gehört zu den Stärken des Essays, wenn über teils mehrere Absätze historische wie zeitgenössische (neo-)klassische Ökonomen zu Wort kommen, während sich der Autor selbst hinsichtlich deren Kommentierung weitgehend in Zurückhaltung übt. Die in der Analyse ihrer Selbstbeschreibungen vorgeführte klassische wie neoklassische Wirtschaftstheorie wird jedoch keineswegs nur als in der Rolle eines unbeteiligten Beobachters gesehen. Es wird von dem grundlegenden Umstand ausgegangen, „dass das ökonomische Wissen der letzten dreihundert Jahre die wirtschaftlichen Tatsachen geschaffen hat, mit deren Entzifferung es sich selbst konfrontiert“ (S. 8).

In weiten Teilen erinnert die Lektüre somit an die ersten Seiten der Marxschen Pariser Manuskripte, wenn oft kommentarlos Zitate (neo-)klassischer Ökonomen aneinandergereiht werden. Sie sollen offenbar weitgehend für sich selbst sprechen und auf diese Weise wirtschaftstheorieimmanente Widersprüche sowie Ungereimtheiten aufdecken, indem jene Ideen mit ihrer eigenen Wirklichkeit konfrontiert werden. Am Ende erscheint dadurch die Lehre der Wirtschaftstheorie als bloßer Spuk. Im Gegensatz jedoch zu einer marxistisch-materialistischen Herangehensweise ist dem Autor weniger an einer Aufdeckung des Zusammenhangs von Waren- und Denkform gelegen. Vielmehr entsteht der Eindruck einer allein, oder zumindest in erster Linie wirkmächtigen Denkform, welche aus sich heraus soziale Wirklichkeit gebiert.

Vogls selektive Lesart der Marxschen Analysen

Die Frage ist also, was trotz eines zwar stellenweise langatmigen aber alles in allem unterhaltsam geschriebenen Essays, der durch fundiertes ökonomisches Wissen des Autors auffällt, auf der Strecke bleibt. Wofür werden wir blind, wenn wir die kapitalistische Produktionsweise und deren momentane Phase des Finanzmarktkapitalismus lediglich als Ausdruck falscher Glaubenssätze begreifen? Begeben wir uns mit Marx auf Gespenstersuche innerhalb des Kapitals, so entpuppt bei näherem Hinsehen dieses selbst sich als Zombie oder genauer: Vampir, welcher als „vergegenständlichte tote Arbeit“, den konkreten Arbeitskraft verausgabenden Arbeiterinnen und Arbeitern ihr (selbstbestimmtes) Leben aussaugt. Begegnet dieser Vorgang uns im Marx'schen Frühwerk unter dem Begriff der „Entfremdung“, so wird dieser Zombie im „Kapital“ zum „automatischen Subjekt“. Diese widersprüchliche Formulierung verweist auf den in sich widersprüchlichen Charakter des Kapitals: Es handelt sich einerseits um einen dynamischen, zyklischen Prozess, eine scheinbare Selbstbewegung, die aber, um sich vollziehen zu können, angewiesen ist auf die reale Verausgabung von Arbeitskraft.

Gleichzeitig ist im Marx'schen Kapital die Rede von „theologischen Mucken“, „Mystifikationen“ und „Fetischisierungen“. Wodurch unterscheiden diese sich in ihrem metaphysischen Gehalt von den Gespenstern Vogls und was heißt das vor allem angesichts der von ihm geforderten „Säkularisierung ökonomischen Wissens“ (S. 176)? Handelt es sich bei den Gespenstern in der Analyse Vogls um verkehrte Denk- und Wissensstrukturen, werden sie von Marx aufgedeckt als reale Widersprüche einer materiellen Wirklichkeit, die als solche wiederum die Verkehrungen im Denken hervorbringt: Die als dingliche Eigenschaft erscheinende Wertgegenständlichkeit der Waren, hinter welcher sich ein nicht erkanntes gesellschaftliches Verhältnis versteckt, wird von Marx als „gespenstige Gegenständlichkeit“ bezeichnet. So gesehen ist das eine nicht ohne das andere zu beseitigen, die Gespenster nicht auszutreiben, da selbst der Kritiker sich zu den Waren verhalten muss, als hätten sie substanziellen Wert und Marx bei all seiner entschiedenen Kritik zu den Realabstraktionen kapitalistischer Warenwirtschaft als sozialen Tatsachen sich verhalten musste.

In diesem Sinne gibt uns auch der Marx'sche Begriff des "doppelt freien Lohnarbeiters" zu denken. Es ist der Zwang, der die Freiheit setzt - eine Freiheit, die wählen lässt zwischen Lohnarbeit und Tod beziehungsweise sozialstaatlichen Disziplinierungsmaßnahmen. Gesetzt und durchgesetzt wird diese Freiheit durch den Staat als „ideellem Gesamtkapitalisten“ (Engels) und des durch ihn garantierten Rechts. Der bei Marx zur Kritik stehende Begriff der „politischen Ökonomie“ bezeichnet also neben einer akademischen Fachrichtung ein soziales Verhältnis. Ein Verhältnis, welches beruht auf (struktureller) Klassenherrschaft - auch wenn der Kapitalist im klassischen Sinne als Eigentümer von Kapital und Produktionsmitteln im Verschwinden begriffen ist und zunehmend abgelöst wird vom Manager als bloßem Angestellten einer Aktiengesellschaft.

Auch übersehen werden bei der Geisterkunde des Jürgen Vogl die im Kapitalverhältnis vermittelte höchst reale Gewalt und das Leid. So gibt es in den geschichtsphilosophischen Thesen Walter Benjamins einen „Engel der Geschichte“, aus dessen Außenperspektive die menschliche Geschichte als einzige Leidensgeschichte offenbar wird. Diese realisiert sich in Landraub und Sklavenausbeutung als Elemente „ursprünglicher Akkumulation“, Zwangsräumungen, Altersarmut oder anderen äußerst spürbaren Auswirkungen kapitalistischer Warenwirtschaft.

Es ist das Kapital, welches "die Welt im innersten zusammenhält". Als automatisches Subjekt schreibt es menschliche Geschichte. Die „Anarchie der Warenproduktion“ (Marx) wird so zur Anarchie der Geschichtsproduktion. Deshalb wäre die einzige Möglichkeit dem Gespenst, welches auszutreiben Vogl angetreten war, den Garaus zu machen und sich von dessen Fremdherrschaft zu emanzipieren, die organisierte Güter- wie Geschichtsproduktion seitens eines noch nicht existierenden gesellschaftlichen Gesamtsubjekts, einer Menschheit, die ihr Schicksal selbst in die Hand nähme und damit der Vorgeschichte ein Ende setzte.

Bei aller Kritik: Von diesem wilden, gut recherchierten Ritt durch 400 Jahre

literaturwissenschaftlich aufbereiteter Wirtschaftstheoriegeschichte soll nicht abgeraten werden.

Zusätzlich verwendete Literatur

Benjamin, Walter (1974): Über den Begriff der Geschichte. In: Ders.: Gesammelte Schriften Band I (hrsg. von Rolf Tiedemann/ Herrmann Schweppenhäuser). Suhrkamp. Frankfurt a. M., S. 691-704.

Marx, Karl (1982): Das Kapital - Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 23. Dietz. Berlin.

Joseph Vogl 2011:

Das Gespenst des Kapitals.

diaphenes Verlag, Zürich.

ISBN: 978-3-03734-116-2.

224 Seiten. 14,95 Euro.

Zitathinweis: Stefan Schmied: Mit poststrukturalistischem Literaturwissenschaftler auf Gespensterjagd. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1285>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Vermessener Rassismus



Linda Supik

Statistik und Rassismus

Das Dilemma der Erfassung von Ethnizität

Die Studie zeigt, dass das Sammeln von Daten über Ethnizität beim Versuch, rassistische Diskriminierung kenntlich zu machen, rassistische Grenzziehungen zementiert.

Rezensiert von [Catharina Peeck und Stefanie Weuffen](#)

In ihrem Buch „Statistik und Rassismus. Das Dilemma der Erfassung von Ethnizität“ analysiert die Soziologin Linda Supik ein Dilemma von Antidiskriminierungspolitik: Die Nutzung von Statistiken zur ethnischen Zugehörigkeit soll die Ungleichverteilung von Ressourcen messen und auf diese Weise dazu dienen, rassistische Ausgrenzung zu bekämpfen. Gleichzeitig birgt diese Praxis Gefahren, denn wenn Menschen als Angehörige einer ethnischen Gruppe zusammengefasst werden, sind ethnisierende und rassifizierende Effekte unvermeidlich.

Supik folgt der Argumentation gouvernementalitätstheoretischer Arbeiten im Anschluss an Michel Foucault und versteht Statistik als „eine zentrale Herrschaftstechnik der Moderne, und zugleich das bevorzugte Werkzeug für die empirische Beforschung der Sozialstruktur“ (S. 75). Der Anspruch, soziale Phänomene „objektiv“ darzustellen, unterschlägt, dass die Wirklichkeit die hier gemessen werden soll, erst dadurch (mit)erschaffen und reproduziert wird. Die mit ihr verbundene Sprache – in diesem Falle Kategorien, die Menschen eine ethnische Zugehörigkeit zuschreiben – werden im Zuge des Erfassens festgeschrieben und damit wirkmächtig. Antidiskriminierungspolitik steckt folglich in einem Dilemma: Um ihre Ziele zu erreichen, müssen gesellschaftliche Ungleichheiten einerseits erfasst und bewusst gemacht werden. Andererseits werden die mit ihnen verbundenen Kategorien gesellschaftlicher Grenzziehung, wie beispielsweise Herkunft oder Hautfarbe, auf diese Weise reproduziert.

Antidiskriminierungspolitik und Statistik

Vor dem Hintergrund der Impulse europäischer Antidiskriminierungspolitiken seit dem Jahr 2000 vergleicht Supik den äußerst unterschiedlichen Umgang mit ethnisierenden Statistiken in Deutschland und Großbritannien. In Deutschland war Minderheitenpolitik lange Zeit durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus und das Selbstverständnis geprägt, kein Einwanderungsland zu sein. Die Kategorie „Rasse“ wird im Rahmen staatlicher Politiken und im Mehrheitsdiskurs abgelehnt. Folgerichtig werden von staatlicher Seite keine systematischen Daten gesammelt, die beispielsweise Auskunft über die Hautfarbe von Bevölkerungsgruppen geben. Im Sinne antirassistischer Politik reflektiert diese Praxis die Kritik an der Annahme einer Existenz menschlicher Rassen. Sie kann allerdings Probleme hervorrufen, wenn das bedeutet, dass auch über Rassismus nicht mehr gesprochen werden kann.

In Großbritannien findet sich, wie Supik im zweiten Teil des Buches ausführlich darlegt, ein anderer Umgang mit der Problematik. Ausgehend von der Kolonialgeschichte des Empires, der postkolonialen Einwanderung und heftigen antirassistischen Kämpfen werden „ethnic minorities“ seit Ende der 1950er Jahre offen als Teil der sozialen Wirklichkeit wahrgenommen und die

Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, seit einiger Zeit auch zunehmend aufgrund von Religion, thematisiert. Ab den 1970er Jahren wurden Gesetze und Programme eingeführt, in denen Multikulturalismus das Leitbild war. So wurde die politische und gesellschaftliche Teilhabe gefördert und Diskriminierung vergleichsweise früh, beispielsweise durch eine Antidiskriminierungsgesetzgebung, bekämpft. Trotz der zunehmenden Kritik am Multikulturalismus seit Beginn des Jahrtausends haben diese Bestrebungen bis heute Einfluss auf die Politik in Großbritannien. Ein Aspekt der Antidiskriminierungspolitik des britischen Staates ist die Sammlung offizieller Zensusdaten, die – je nach Kontext und teilweise ohne scharfe Trennung – beispielsweise Hautfarbe („black“, „white“, „mixed race“) oder regionale Identifikationen („British-South Asian“, „British-Caribbean“) der Befragten erheben. Detailliert untersucht Supik die Debatten um den britischen Zensus von 2011. Sie arbeitet heraus, wie Befürworter_innen das Erheben ethnisierender Daten begründen und welche Strategien die Kritiker_innen dieser Praxis dagegen anwenden. Supik zeigt, wie sich Kategorien im Zuge von historischen Migrationsprozessen wandeln und analysiert die damit verbundenen Identifikations- und Abgrenzungsprozesse.

Anders als in Großbritannien gestaltete sich die Situation der sogenannten Gastarbeiter und ihrer Nachkommen in Deutschland. Bis in die 1990er Jahre wurden sie weder in der öffentlichen Wahrnehmung noch in der staatlichen Politik als Teil der deutschen Gesellschaft betrachtet. Der politische Fokus war auf die Rückkehr in die (vermeintlichen) Herkunftsländer gerichtet. Obwohl die Vorstellung einer auf Abstammung beruhenden Ethno-Nation auch heute noch eine Rolle spielt, hat Antidiskriminierungspolitik, nicht zuletzt durch die Richtlinien der Europäischen Union, an Bedeutung gewonnen. Supik vollzieht die Debatten um den Umgang mit der Kategorie „Rasse“ und problematisiert das – auch in anderen europäischen Ländern – vorherrschende Selbstverständnis, dass die Bekämpfung von Diskriminierung zweitrangig sei. Sie vergleicht die Debatten im angelsächsischen Raum mit Kontinentaleuropa und zeigt problematische Tendenzen beider Ansätze auf.

Für wen?

Supiks Studie demonstriert anschaulich die große Bedeutung von Statistiken für die Rassismusforschung und macht gleichzeitig auf die damit verbundenen Problemlagen aufmerksam. Antidiskriminierungspolitik, die die Kritikpunkte an Kategorien wie Rasse, Ethnizität und Kultur nicht reflektiert, läuft Gefahr ins Leere zu gehen. Supiks Buch ist für Leser_innen interessant, die sich mit britischer Minderheitenpolitik aus deutscher Perspektive auseinandersetzen und Kategorien wie „race“ oder „community“ besser verstehen wollen. Sie werden im angloamerikanischen Raum oftmals als selbstverständlich angenommen, sollten allerdings nicht kritiklos übernommen werden.

Die sehr akademische Sprache des Textes ist an einigen Stellen gewöhnungsbedürftig. Schnelle Lösungen für den politischen Umgang mit Diskriminierung bietet das Buch, das auf der Dissertation der Autorin basiert, ebenfalls nicht. Es dient in erster Linie dazu, auf die Probleme antidiskriminierungspolitischer Strategien aufmerksam zu machen und beispielhaft zu zeigen, welcher Umgang damit möglich ist. Um die Vielfalt der Ansätze in Europa aufzuzeigen, wäre es interessant gewesen, weitere Länder einzubeziehen. Deutschland und Großbritannien stellen in mancher Hinsicht gegensätzliche Beispiele dar, mit Blick auf andere europäische Staaten wird allerdings deutlich, wie sehr der jeweilige Umgang mit Minderheiten mit den herrschenden soziopolitischen Verhältnissen in Zusammenhang steht. Das wirft auch die Frage auf, wie eine einheitliche Antidiskriminierungspolitik in Europa verwirklicht werden kann und inwieweit das wünschenswert ist.

Rassismus kann durch unreflektiertes Messen nicht verhindert werden – das zeigt Supiks Buch deutlich. Die Autorin gibt einen Überblick über die Thematik und ermöglicht es den Leser_innen, sich selber zu den unterschiedlichen Ebenen zu positionieren, ohne dabei politische Handlungsanweisungen vorzugeben. Indem im Buch individuelle und kollektive Strategien

aufgezeigt werden, die darauf abzielen, sich gegen eine Festschreibung zu wehren, bietet es nichts desto trotz Ansatzpunkte für politisches Handeln. Es wird deutlich, dass ethnisierende Kategorien strategisch nutzbar gemacht werden können, um Diskriminierung zu bekämpfen. Gleichzeitig bedarf es der ständigen Reflexion eben dieser Kategorien in ihrer Wandelbarkeit, da nur diese zeigt, wie sehr sie an spezifische gesellschaftliche Konstellationen gebunden sind.

Linda Supik 2014:

Statistik und Rassismus. Das Dilemma der Erfassung von Ethnizität.

Campus, Frankfurt am Main.

ISBN: 978-3-593-50197-0.

411 Seiten. 39,90 Euro.

Zitathinweis: Catharina Peeck und Stefanie Weuffen: Vermessener Rassismus. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1286>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 17:58.

Notizen aus der Redaktion

Ausgabe 1 des Online-Journals Movements erschienen

Wir gratulieren: Ende Mai erschien die erste Ausgabe der Online-Zeitschrift *Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung!* Entstanden aus dem Umfeld des Netzwerks für *kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* (kritnet), möchte *Movements* wissenschaftliche und bewegungsnahen Ansätze zum Thema Migration verbinden. Denn, so heißt es im Selbstverständnis, Publikationsorte, in denen „kritisch über die Wissensproduktion der Migrationsforschung selbst reflektiert wird“, sind kaum vorhanden. Die kritische Auseinandersetzung mit der Migrationsforschung ist dabei leitendes Motiv. Zwar habe diese in den letzten Jahren einen regelrechten „Boom“ erfahren, dennoch sind wichtige Perspektiven unbeleuchtet geblieben: So beispielsweise in der sozialwissenschaftlichen Forschung, „die viel zu lange die Migrantinnen und Migranten selbst als Problem erforscht hat, anstatt nach den politischen, ökonomischen und rechtlichen Bedingungen zu fragen, die Migration und Grenzen als gesellschaftliche Phänomene überhaupt erst hervorbringen“, wie es im Editorial zur Erstausgabe heißt. Außerdem möchte das Journal die Bewegungen der Migration im Sinne eines „Wechselspiels von Autonomie und Kontrolle“ verstanden wissen und den Blick erweitern von einer bloßen Fokussierung der Kontrollmechanismen hin zu einem Verständnis, dass Migration eine autonome Bewegung von Menschen darstellt. Zugleich eröffnet sich hier die Perspektive einer *sozialen* Bewegung, die um Teilhabe kämpft und Kapital und Nation herausfordert. *Movements* will also dazu beitragen, die vielseitigen Realitäten von Migration zu beleuchten und eine Kritik an den Formen, wie Migration regiert wird, zu formulieren. Dass das Magazin dabei nicht im schwer zugänglichen wissenschaftlichen Kontext verharrt, sondern das Format der open access-Publikation gewählt hat, unterstreicht die Bewegungsnähe. Der Schwerpunkt der ersten Ausgabe widmet sich dem „Europäischen Grenzregime“. Darin finden sich unter anderem Beiträge von Ceren Türkmen, Bernd Kasperek und ein Interview mit Étienne Balibar. Die Artikel erscheinen in englischer oder deutscher Sprache. Wir freuen uns, eine weitere Online-Publikation begrüßen zu dürfen. Und natürlich wünschen wir gutes Gelingen! ([A. S.](#))

Einmal Flüchtling sein

Teller, Janne (2011): Krieg. Stell dir vor, er wäre hier. Hanser, München. 59 S., 6.90 Euro

Eine Freundin drückte mir neulich ganz begeistert das Buch „Krieg. Stell dir vor, er wäre hier“ von Janne Teller in die Hand. Das Büchlein im Reisepass-Format müsse ich lesen, gerade heute, weil: die Aktualität! Gesagt, getan. Man fliegt nur so durch das als „Gedankenexperiment“ bezeichnete Essay der dänischen Schriftstellerin, die darin den Lesenden zu einem jugendlichen Kriegsflüchtling macht. Sie selbst war UN-Konfliktberaterin, bevor sie Anfang der Jahrtausendwende als Autorin von Jugendliteratur schlagartig bekannt wurde – sie scheint also zu wissen, worüber sie spricht. In der jüngeren Zeit sorgte sie vor allem aufgrund ihres Buches „Nichts. Was im Leben wichtig ist“ (Hanser 2010) für Aufregung. Die Geschichte „Krieg“ schrieb sie schon 2001, als in Dänemark die Diskussion um Einwanderung hohe Wellen schlug: „Die meisten Leute haben nicht verstanden, dass Flüchtlinge und Einwanderer nicht aus Spaß nach Dänemark kommen. Wie wäre es, selbst in einer solchen Situation zu sein“, erklärte Teller der dpa. 2010 übersetzte sie das Buch ins Deutsche. In dem Band wird nicht nach Emotionen geheischt, Teller packt die Themen Krieg, Flucht und Vertreibung zunächst nüchtern und eindringlich an. Der Einstieg findet über einen „Was wäre, wenn...“-Perspektivwechsel statt: „Wenn bei uns Krieg wäre. Wohin würdest du gehen?“ Es geht um dich, den die konsequent mit „Du“ angesprochenen Leser_in, um dich herum wird (leider ein wenig zu fantastisch) der Untergang der Europäischen Union inszeniert, samt militärischer Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen Verbündeten.

Du bist Zeuge, wie deine Mutter Bronchitis bekommt, dein Bruder einige Finger verliert und in den militanten Untergrund geht, deine Schwester mit einer Kopfverletzung in einem unterversorgten Krankenhaus liegt, deine Großeltern beim Bombenangriff ums Leben kommen. Und dein Vater ist untergetaucht. Du lebst bei Minusgraden in einem Keller und stellst dir den ganzen Tag bohrende Fragen. „Auf 'wohin?' gibt es keine Antwort. Eure Familie ist zu einer Zahl geworden. Fünf! Es gibt kein Land, das weitere fünf Flüchtlinge haben will.“ Europäer_innen sind als Flüchtlinge nicht gerade beliebt. Du schaffst, gemeinsam mit der Familie, dennoch die teure Flucht nach Ägypten, wo man euch widerwillig in einem Lager aufnimmt. Zwei Jahre später bekommt ihr Asyl. „Du gewöhnst dich daran, Kuchen zu verkaufen. Du gewöhnst dich an die Armut. Und du gewöhnst dich an die extreme Hitze. Daran, als Mensch dritter Klasse betrachtet zu werden, gewöhnst du dich nie.“ Du kehrst am Ende des Buches nach Deutschland zurück. Der Krieg ist aus, aber Zerstörung und Fremdherrschaft erwarten dich. Du giltst für viele der im Krieg Zurückgebliebenen als Verräter. Also gehst du zurück nach Ägypten, wo du dir inzwischen, trotz aller Widrigkeiten, irgendwie ein Leben aufgebaut hast. Dein Heimweh nach Deutschland bleibt: „Jemand kam und stahl dein Leben und machte es zu etwas anderem. Zu etwas, was weder hier noch dort ist.“ Leider driftet das Buch am Ende in eine etwas beliebige, teils auch kulturalisierende und aufgesetzte Geschichte ab: So wird die Schwester, gerade noch kurz vor der Konvertierung zum Islam, nach einer Schwangerschaft und der Verbannung nach Deutschland drogenabhängige Punkerin, ihr ägyptischer Mann entführt aus Sorge das Kind. Du selbst heiratest brav eine andere Deutsche, mit der du „keine kulturellen Probleme bekommen wirst“. Diese Stellen brechen mit der in Teilen recht gesellschafts- und politikkritischen Ausrichtung des Buches – schade. (J. B.)

Antimuslimischer Rassismus

Shooman, Yasemin (2014): „...weil ihre Kultur so ist“. Narrative des antimuslimischen Rassismus. Transcript, Bielefeld. 256 S., 29,99 Euro

Nicht erst seit den Anschlägen am 11. September 2001 steht in Deutschland „der Islam“ im Fokus, wenn es um die Themen Einwanderung und Integration geht. Welche Facetten das vorherrschende negative Bild von vermeintlichen oder tatsächlichen Muslim_innen hat, zeigt Yasemin Shooman in ihrer als Buch erschienenen Dissertation „...weil ihre Kultur so ist“. Die Historikerin hat damit die bisher umfassendste Arbeit zu den gegenwärtigen Ausprägungen des Antimuslimischen Rassismus in Deutschland vorgelegt. In acht gut lesbaren Fallstudien geht sie etwa auf historische Traditionslinien, die theoretische Einordnung antimuslimischer Diskurse und Geschlechterbilder ein. Die Studien zeigen: Antimuslimischer Rassismus beschränkt sich keineswegs auf die extreme Rechte oder offene Islamfeinde im Internet, sondern ist auch in „Qualitätsmedien“ und zuweilen unter Linken verbreitet. Historische Zusammenhänge sowie die zahllosen Bausteine der unterschiedlichen, sich stets wandelnden konkreten religiösen Praktiken von über einer Milliarde Menschen werden ignoriert. Stattdessen wird im Antimuslimischen Rassismus „die“ Kultur des Islams als Monolith imaginiert. Ein solch essentialistischer Kultur-Begriff kommt dem klassischen Rasse-Begriff sehr nahe. Praktischerweise lässt sich damit von den Ursachen sozialer Probleme ablenken, etwa wenn „die sozioökonomische Marginalisierung von Menschen, die als Muslime markiert sind, auf eine Verweigerungshaltung der Minderheit selbst zurückgeführt [wird], die wiederum in ihrer Religion wurzelt“ (S. 74). Über Rassismus und Klassenverhältnisse kann dann getrost hinweg gesehen werden. (S. F.)

Ein durchschaubares Buch über düstere Zeiten

Eggers, Dave (2014): Der Circle. Kiepenheuer & Witsch, Köln. 560 S., 22, 99 Euro

An Vorschusslorbeeren mangelte es nicht: Als „1984 des Internetzeitalters“ (ZEIT) wurde Dave Eggers' „The Circle“ bereits Anfang 2014 vom deutschen Feuilleton gefeiert. Da war der Roman noch gar nicht übersetzt. Mittlerweile liegt Eggers' Bestseller längst auf Deutsch vor. Und überzeugt nur leidlich. Dabei hat die Idee etwas: Eggers' Dystopie spielt in einer nicht allzu fernen

Zukunft, in der der „Circle“ regiert. Google, facebook, Twitter und Apple: Das hippe Unternehmen mit Stammsitz in Kalifornien hat sie alle geschluckt und das Internet revolutioniert – unter anderem mit TruYou, einem System, das diverse Nutzerkonten und Passwörter, vor allem aber verschiedene Netzidentitäten überflüssig macht. Pöbeln und pussy86 waren gestern, denn mit dem Klarnamen kehren Anstand und Transparenz zurück in die Community. Anonymität gibt es nicht mehr. Das weiß auch die 24-jährige Mae zu schätzen, deren kometenhafter Aufstieg beim Circle im Mittelpunkt der Geschichte steht. Wie alle anderen ultrajungen und ultrakreativen Mitarbeiter_innen postet, followed, verlinkt, teilt und liked Mae, bis die Synapsen knacksen. „Der Circle“ ist ein gar nicht mal so unrealistischer Roman über eine schöne neue, virtuelle Welt, in der der ‚gläserne Mensch‘ zum role model und das ‚Teilen‘ zum kategorischen Imperativ geworden sind: „Geheimnisse sind Lügen. Teilen ist Heilen. Alles Private ist Diebstahl“ (S. 361). Der Detail- und Einfallsreichtum, mit denen Eggers vom ‚ChildTrack‘ bis zur Online-Wahlpflicht das Spektrum technologischer Daumenschrauben auslotet, sind beeindruckend. Einigermaßen windschief dazu steht jedoch die konservativ „gängelnde“ Erzählweise. Wenig subtil, mitunter regelrecht plump beschwört Eggers das Bild einer totalen und totalitären Demokratie herauf und lässt nichts ungesagt. Entmündigt werden im „Circle“ somit letztlich vor allem die Leser_innen. (S. B.)

Blasphemischer Krimi-Karneval

Urban, Simon (2014): *Gondwana*. Schöffling & Co., Frankfurt/M. 394 S., 22,95 Euro

Erstickt am eigenen Penis: Der neueste Fall von Platon Ahorn hat es wahrlich in sich. Er verschlägt ihn nach Gondwana, einer kleinen Insel irgendwo in der Südsee, wo ein bestialischer Kastrationsmord ohne Leiche nur eine von vielen Ungereimtheiten ist, an denen der markige Inspector zu knabbern hat. Denn Gondwana ist nicht bloß irgendeine Insel, sondern das „Paradies auf Erden“ – zumindest für die Glaubenselite am Ende des 21. Jahrhunderts, die das ehemalige Bespaßungs-Resort für geistig Beeinträchtigte („Spitzname Kap Handicapped“) aufgekauft und als Sitz der neuen „Weltkirche“ auserkoren hat. In traurem Synkretismus wird auf Gondwana nun allen Ge- und Verboten der großen monotheistischen Weltreligionen gleichermaßen gehuldigt. Für den abgebrühten Überzeugungsatheisten Platon, dem der Himmel nur „babyblauer Bullshit auf Watte“ ist, natürlich die reinste Provokation – nicht zuletzt weil im idyllischen Refugium der „Unsterblichkeitsstreber“ und „Geistesblitzableiter“ neben weiblicher Ganzkörperverhüllung auch konsequente Alkoholabstinenz angesagt ist. Kann Platon trotz fleischlicher Entsagung Licht ins Dunkle bringen? Auf fröhlich-dreiste Weise jongliert Simon Urban in seinem neuen Roman mit Genre-Klischees und rechnet mit männlichen Allmachtsfantasien und religiösem Fanatismus ab. Zusammen mit den kongenialen Pulp-Comics von Ralph Niese, die als eigenständige erzählerische Elemente in den Fließtext eingewoben sind, bietet „Gondwana“ dem Leser einen gut gelaunten Krimi-Karneval, der nicht nur zahlreiche blasphemische Bonmots („Gott hat Burnout“, „Engel sind auch nur Geflügel“), sondern auch einige erzähltechnische und intertextuelle Finessen sowie überraschende Wendungen in petto hat. (S. B.)

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2019 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.

